



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 07 – April 2010

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
AKTUELLES vom Notstand der Republik	
Neues vom Notstand der Republik - Artikelreihe	03
Paramilitärische Auslandspolizei	08
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Klassenkampf statt Weltkrieg	09
Aktion vor der Commerzbank in Frankfurt/Main	11
Beobachtet in Bremen	12
Hier wird der Weltkrieg vorbereitet! - Köln	12
Eine Merkel im Blauhemd?	13
III. Jugendaktivistentreffen gegen den Notstand der Republik	15
Bundeswehr und Skelette vor Nürnberger Schulen	15
„Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“ - Freiburg	16
Aktion gegen Bundeswehr an Schulen – Berlin	17
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Übersicht Anhang	18
REFERATE III. Jugendaktivistentreffen	
Der Deutsche Imperialismus und die Tschechische Republik – Fakten zur Ökonomie	19
Polen: Hunderte von Jahren Leben gegen deutsches Herrenmenschentum und Barbarei	22
Der internationale Kampf der Arbeiterjugend gegen Krieg	25
Dokumente und Flugblätter	AN- HANG

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“**

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

AKTUELLES vom Notstand der Republik

Neues vom Notstand der Republik

In den letzten Monaten, seit unserem letzten Infobrief, ist viel passiert. Obwohl der Staatsumbau bereits weit gediegen ist, wird es nicht ruhiger. Schon gar nicht während einer andauernden Weltwirtschaftskrise, die die riesige Faulheit des Monopolkapitalismus noch deutlicher in Erscheinung treten lässt. Um die Strukturen weiter zu verbessern und aufrecht zu erhalten, müssen regelmäßige Übungen abgehalten werden. Zum Beispiel nehmen die Übungen der zivilen Hilfsorganisationen mit der Bundeswehr, also die der

zivil-militärischen Zusammenarbeit immer größere Ausmaße an und finden immer häufiger statt. Ein Beispiel ist die Übung „Hoher Franke II“, die im Oktober letzten Jahres stattfand. Der Bürgerkrieg wurde trainiert, man hatte es mit „flugblattverteilenden Friedensaktivisten“ zu tun. Zu deren Bändigung waren neben den Reservisten der Bundeswehr auch das THW und das Rote Kreuz notwendig.

(„Bürgerkriegsmanöver“, www.german-foreign-policy.com; Frankenpost, 13.10.09)

Befehlswegverkürzung oder

Die Verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Militär

Die allgemeine Krise des Kapitalismus, sein Niedergang lässt sich in der verstärkten Verzahnung von Wirtschaft und Militär weiter beobachten: Bereits im Mai 2007 gab es den ersten Celler Trialog. Hauptausrichter waren Commerzbank und die 1. Panzerdivision der Bundeswehr. Ein Jahr später, ein ½ Jahr vor dem Lehmann-Crash und somit die Zeit, in der die Krise den Chefetagen längst bekannt war, reichte der pure Dialog nicht mehr: Freicorps mussten her.

dellerprobung“ wurde vom Reservistenverband folgendermaßen kommentiert: „...wer außer Polizei, Bundeswehr, Reservisten kann den Schutz Deutschlands, seiner Bürger und Kritischer Infrastrukturen dann sicher gewährleisten? ... [denn] In Deutschland werden keine Brunnenbohrer und - bisher - auch keine Explosive-Device-Experten unterstützen müssen, dafür sind aber andere Fähigkeiten gefragt:

- Pfadfinder- (Scout-) Funktion
- Aufklärung und Verbindungsfunktion
- Stabs- und Gefechtsstands(schicht)arbeit
- Information und Kommunikation zur Bevölkerung
- Logistik und Versorgung!“

(www.Reservistenverband.de)

Längst werden größere Übungen der Freicorps ausgeführt: Die Freicorps Bündingen mit dem aus Hamburg, zusammen mit dem THW und der Feuerwehr (jeweils ebenfalls Hamburg) trainierten einen ganzen Tag die Deichverteidigung. Zuvor war es für das Hamburger Freicorps um Kontrollen und Durchsuchung von Personen und Autos gegangen. (Loyal 2/2010)

Ein weiterer Weg zur Verzahnung von Kapital und Armee sind die direkten Befehlsübermittler: Bei den alljährlichen „Alumni“-Kongressen holt sich das Kapital diese direkt von ihrer „Schulbank“. Denn hier stehen die Absolventen der sogenannten Bundeswehrhochschulen bereit, für die Herren der Wirtschaft. Die Absolventen übernehmen einen immer größeren Teil der Führungsetagen und können, durch ihre langjährigen



Bereits 1919 wurden 500 Millionen Mark vom Reichsverband der deutschen Industrie (ähnlich dem heutigen Bundesverband der deutschen Industrie, BDI) an das Militär bezahlt, um die Novemberrevolution niederzutreten und Freiwilligentruppen aufzubauen, sogenannte Freicorps.

Heute werden sie, ebenso wie damals aus alten Soldaten rekrutiert, dass heißt aus dem Reservistenverband der Bundeswehr. Diese „Mo-

Militärkontakte die Befehle des Kapitals am besten weiterreichen.



Aktion anlässlich des 2. Celler Trialogs. Günter Wangerin und Wolfram Kastner vor der Commerzbank in Frankfurt a.M.

Oben haben wir vom ersten Celler Trialog berichtet. Was damals noch in den Kinderschuhen steckte, ist in der Krise deutlich gewachsen: Unter den 160 Teilnehmern befanden sich mehrere Vertreter des Großkapitals, so z.B. der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank und der Chef des BDI. Außerdem waren der stellvertretende

Generalinspekteur der Bundeswehr und andere führende Generale vertreten. Über die Veranstaltung berichtete die große Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“, dass die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Militär auch in Einsatzländern zugenommen hat: „...Die Bundeswehr gebe wertvolle Hinweise für die Wirtschaft...“

Schon die Kriegsgegner in den 1930er Jahren wussten: Hinter dem ersten Tank kommt die Deutsche Bank.

Bei all den Übungen der Reservisten (s.o.) tritt nun ein Problem auf: Bis 1990 war das Kapital verpflichtet die Reservisten für Übungen freizustellen. Dieses Gesetz wurde für häufige Übungen genutzt was die Armee extrem vergrößerte. Durch den 2+4-Vertrag („Einigungsvertrag“) wurde die BRD gezwungen, die Bundeswehr auf 370.000 Mann zu begrenzen und das eben genannte Gesetz aufzuheben. Nun soll für die vermehrte, freiwillige Freistellung mit einer großen Kampagne geworben werden „vom Personalvorstand bis zum Chef“.

(Loyal 10/2009)

Aus- und Umbau der Bundeswehr

Knapp 8 Millionen Reservisten gibt es in der BDR und der annektierten DDR. Und wenn man einen großen Krieg plant, dann werden sie gebraucht, zumindest ein Teil von ihnen.

Wie oben bereits erwähnt, wurde die Bundesrepublik 1990 gezwungen, die Bundeswehr auf 370.000 Mann zu begrenzen. Zu ihnen zählen auch die Reservisten, die regelmäßig an Übungen teilnehmen. Sie werden „beordnete Reservisten“ genannt, sie sind auf 80.000 begrenzt und auch in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit eingesetzt.

Im Januar diesen Jahres haben erstmals nichtbeordnete Reservisten mit beordneten zusammen eine Übung durchgeführt. Dies bedeutet nicht nur einfach eine Aufstockung der Armee um mehrere Millionen (wenn gewollt) sondern auch der Bruch des 2+4-Vertrages!

(Landeskommando NRW der Bundeswehr, 31.01.2010)

„Mehr Effizienz“ im Krieg

Eine neue Kommission erarbeitet Konzepte zur Steigerung der Effizienz der Bundeswehr. Wie Bundesverteidigungsminister Guttenberg am Montag mitteilte, soll die soeben eingesetzte Kommission bis Ende 2010 Vorschläge vorlegen, wie in der Bundeswehr "effizientere" und vor allem "einsatzorientiertere" Strukturen geschaffen werden können. Ziel sei es, in Zukunft mehr Soldaten als heute ins Ausland entsenden zu können. Zurzeit können maximal 9.000 Soldaten gleichzeitig eingesetzt werden. Außerdem müsse die Zusammenarbeit mit den Rüstungsfirmen verbessert werden. Kriegsgerät sei in Deutschland oft zu teuer, und vor allem werde es von der Industrie nicht schnell genug hergestellt. (www.german-foreign-policy.com)

Geleitet wird die Kommission vom Oberst der Reserve Frank-Jürgen Weise, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit.

Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten wird offensiver umgangen

Nachdem in den letzten Jahren immer mehr Zentren (wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum) eingerichtet wurden, in denen Poli-

zei und Geheimdienste gemeinsam am Tisch sitzen, wird nun die letzte Faser zersägt. Lange zerstückelte die Bundesregierung das

Trennungsgebot der Alliierten. Dieses zieht eine der Lehren aus dem Hitlerfaschismus, dass nämlich wegen der Erfahrungen mit der Gestapo niemals wieder in Deutschland Polizeien und Geheimdienste zusammenarbeiten dürfen. Das wird nun endgültig auf den Müll geworfen: Am 19. April wurde bekannt, dass eine neue Kommission eingerichtet werden soll. Sie soll die Arbeit von Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei und Zoll besser strukturieren



ren und Doppelt- und Dreifacharbeiten verhindern. Auf die Frage, ob die Verschmelzung von BKA und Bundespolizei vorstellbar sei, antwortete Innenminister Thomas de Maizière: „Das muss die Kommission entscheiden“. Der endgültigen Verschmelzung der Geheimpolizei BKA und der Bundespolizei ist nun also der Weg bereitet. (Süddeutsche Zeitung, 20.04.10)

Neues Gerät für die Polizei

Vielleicht ist Euch auf einer der letzten größten Demonstrationen aufgefallen, dass dort neben den Räumungspanzern, Blechkisten mit dabei sind, die aussehen wie die ersten Panzer.



Doch an denen ist nichts alt – im Gegenteil: „Das ist unseres Wissens das modernste Fahr-

zeug dieser Art weltweit“ freut sich ein Mitarbeiter des Innenministeriums.

Diese Monster fassen 10.000 Liter Wasser und haben einen 408 PS starken Turbodiesel als Allrad-Antrieb. Dieser Mercedes-LKW, der einzig und allein gegen das Volk eingesetzt werden kann, kostet uns 1 Millionen Euro pro Stück. Mit ihm sollen die gesamten Bestände der Länder- und Bundespolizeien ersetzt werden.

Nicht nur die Polizei, sondern auch das THW prüft zurzeit den Einsatz von Drohnen. Diese unbemannten Flugkörper sind mit Kameras ausgerüstet und sollen für besondere Polizeiaufgaben (wie Demonstrationen), für die zivilmilitärische Zusammenarbeit und „zur routinemäßigen Videoüberwachung des öffentlichen Raumes in Deutschland“ eingesetzt werden. („Heute“ im Bundestag, 02.03.10)

Deutsches Recht wird den anderen EU-Ländern nach und nach übergestülpt Heute: der Klimagipfel in Kopenhagen

Aus eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke vom November 2009 geht hervor, dass 30 Fahrzeuge der Bundespolizei ohne Mannschaften, 4 V-Leute und 1 BKA-Mann zur Unterstützung in Kopenhagen waren. Außerdem waren Awacs-Flugzeuge zur Überwachung vor Ort. Im Vorfeld übermittelte das BKA den däni-

schen Behörden nicht nur 240 Adressen von deutschen, gewaltbereiten Staatsbürgern, sondern beriet auch die dänische Polizei. Vielleicht hat das dazu geführt, dass die dänische Polizei deutsches Recht gegen Demonstranten einsetzte und einige im Vorfeld präventiv verhaftete. Damit wurde dänisches bürgerliches Recht gebrochen.

Inlandseinsatz als Extrapunkt bei der Grundausbildung

In Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU/FDP wird der Wehrdienst von neun auf sechs Monate gekürzt. Dies bietet die Möglichkeit, einen viel größeren Teil der männlichen Jugendlichen in die Strukturen der Bundeswehr einzubinden, sie also auch an das Mili-

tär zu gewöhnen. Die Reservistenzeitschrift „Loyal“ vom Dezember letzten Jahres z.B. jubelt, dass ja nun auch die zivil-militärische Zusammenarbeit in die Grundausbildung der jungen Soldaten aufgenommen werden könnte.

„Wer die Jugend hat, hat die Armee“ (Karl Liebknecht)

Nicht nur, dass massiv auf Messen, in Schulen und Arbeitsämtern für die Bundeswehr geworben wird: Die BRD ist außerdem einer der 26 Staaten weltweit, der schon die Minderjährigen an die Waffe ruft. Schon mit 17 Jahren und mit der Erlaubnis der Eltern können sich Jugendliche als Kanonenfutter verpflichten.

Kooperationsverträge zwischen den Bildungsministerien der Länder und der Bundeswehr wurden bereits im Saarland und in Nordrhein-Westfalen geschlossen.

Im letzten Infobrief berichteten wir, dass in Bayern die Schulen und Lehrer Briefe vom Ministerium erhalten hätten, mit der Empfehlung, ihre Schüler den Soldaten auszusetzen. Inzwischen sind außerdem in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz solche Kooperationsverträge abgeschlossen worden. Diese gehen sogar noch weiter, als die vorherigen: Nicht nur die Schüler, sondern auch die Referendare, also die zukünftigen Lehrer sollen von der Bundeswehr ausgebildet werden!

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Über 400.000 Jugendliche sind im vorigen Jahr in der Schule von Offizieren der Bundeswehr beeinflusst worden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor (BT-Drs. 17/502). Jugendoffiziere der Bundeswehr haben demnach mit Vorträgen und Diskussionen über 113.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. So genannte Wehrdienstberater, also Rekrutierungsoffiziere, haben im

Jahr 2009 über 11.600 Vorträge an Schulen gehalten – vor rund 290.000 Jugendlichen. Doch die Bundeswehr will ihre Rekrutierungsbemühungen im laufenden Jahr sogar noch ausbauen. So haben sich die Zentren für Nachwuchsgewinnung die Teilnahme an 684 Messen und Veranstaltungen vorgenommen, darunter Volksfeste und Ausbildungsmessen, aber auch zahlreiche Werbeauftritte auf Schulhöfen. Im vorigen Jahr waren es noch 547 solcher Einsätze.

Hinzu kommen weitere Auftritte wie der sogenannte Karriere-Truck.“

(Pressemitteilung von Ulla Jelpke, MdB Die Linke, 12.02.10)

Unter dem Titel „Tag der Schulen bei Panzerwetter“ beschreibt das



Streitkräfteunterstützungskommando folgendes: In Augustdorf findet jedes Jahr der „Tag der Schulen“ statt. Hier wurden Ende letzten Jahres 400 Schüler von weiterführenden Schulen in die Generalfeldmarschall-Rommel Kaserne

eingeladen. Dort konnten die Schüler einen Tag lang die Soldaten beim Häuserkampf oder auch die Feldjäger beim Festsetzen von „Störern“ und „Straftätern“ beobachten.

Die Militarisierung wird auch durch das Konjunkturpaket II vorangetrieben: Während die Pöckinger Grundschule grundsaniert wird, werden die Schüler in der örtlichen Kaserne unterrichtet! Für ein ½ Jahr werden also die 6-10 Jährigen Kinder Tag täglich den Soldaten ausgeliefert! (Streitkräftebasis)

Nach den Schulen kommt das Arbeitsamt...

Nicht nur in den Schulen wird junges Kanonenfutter angeworben. Wenn die Jugendlichen die Schulen abschließen, wird es immer schwerer eine Ausbildung zu finden. 83.000 Jugendliche blieben im letzten Jahr ohne Ausbildungsplatz. Und da sind die Jugendlichen, die in den Jahren zuvor nichts fanden und 2009 dann wieder dastanden, noch nicht eingerechnet! Zusätzlich wurden 2009 50.000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen als noch 2008. Das

heißt, die Jugendlichen stehen auf der Straße, bzw. im Arbeitsamt. (DGB-Jugend Analyse „Die Junge Generation“, Februar 2010) Und genau dort sitzt die Bundeswehr: In elf Städten hat die Bundeswehr in den Arbeitsagenturen feste Büros installiert, in etwa 850



weiteren Arbeitsagenturen führt sie regelmäßige, meist monatliche Werbeveranstaltungen durch.

„Wie jetzt bekannt wurde, unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, und Generalmajor Wolfgang Born, Stellvertreter des Personalzentrums im Bundesverteidigungsministerium und Beauftragter der Bundeswehr für die militärische Personalgewinnung, kürzlich in Bonn eine Kooperationsvereinbarung. Ziel sei es, den vom

Militär benötigten Personalbedarf zu decken – etwa 20 000 neue Rekruten benötigt die Bundeswehr jedes Jahr. Die Armee sei auf ‚leistungsbereite Frauen und Männer angewiesen, die bereit sind, sich zeitlich befristet den fachlichen wie persönlichen Anforderungen eines Einsatzes bei den Streitkräften zu stellen‘ heißt es zum Kooperationsabkommen in der neuesten Ausgabe der Bundeswehr-Zeitung ‚aktuell‘.“

(Neues Deutschland, 22.02.10)

Der Föderalismus frisst sich weiter vor

Mitten im Versammlungsrecht (Grundgesetzartikel 8) hat er einen Platz gefunden, der ihm gefällt: Nach Bayern und Baden-Württemberg hat nun auch das Bundesland Sachsen ein eigenes Versammlungsgesetz. Direkt zur Demonstration am 13. Februar diesen Jahres erlassen, hetzt es nicht nur gegen die „Linken“ sondern verbietet

auch alle Feiertage, die an große Persönlichkeiten aus „unpassenden“ politischen Richtungen erinnern, bzw. diese Ehren. Würde also beispielsweise die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration, die als Erinnerung an deren Mord jedes Jahr in Berlin stattfindet in Sachsen stattfinden – dieses Gesetz würde sie verbieten.

ELENA – das moderne Arbeitsbuch

Auf unserem Jugendkongress 2007 in Berlin sprachen wir über die Hartz-Gesetze. Und auch darüber, dass die Hartz-Kommission in ihrem Abschlussbericht eine Jobcard gefordert hatte. Dafür sollten alle Daten, von jedem Arbeiter digitalisiert und bei Arbeitsamt gesammelt werden. Zugriff auf diese Daten sollten Leihar-



beitsagenturen und „Großkunden“, also große Konzerne erhalten. Diese Karte gibt es jetzt. Sie nennt sich niedlicher Weise „ELENA – Elektronischer Einkommensnachweis“ und speichert, gar nicht so niedlich, neben der beruflichen Laufbahn eines Kollegen außerdem seine Streikzeiten uvm. ab.



Vom Bundesverfassungsgericht, dass die Regierung anweist das Grundgesetz weiter zu zerschlagen

Gerade wurde in den bürgerlichen Zeitungen voll Lob über das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Telekommunikationsgesetz gejubelt, dies sei DER Sieg der bürgerlichen Demokratie. Doch haben die Richter im Gegenteil den Rechtsbruch Berlins in Karlsruhe legitimiert:

- Auch weiterhin können alle Daten gesammelt werden. Nur dürfen die bisher gesammelten nicht mehr genutzt werden.

- Auch weiterhin können diese Daten zur Gefahrenabwehr gegen den Staat genutzt werden.

Das alles muss nur in einem neuen Gesetz geregelt werden, in dem die einzige Abschwächung darin besteht, dass nicht wie bisher bei „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ auf die Daten zugegriffen werden kann, sondern erst bei „schweren Straftaten“, wenn dies auch im Einzelfall schwer wiegt.

Marlene (Bremen)

Paramilitärische Auslandspolizei

Zu den Plänen für den Aufbau von paramilitärischen Polizeieinheiten zur Terrorisierung besetzter Gebiete dokumentieren wir einen gekürzten Artikel vom 10.03.2010 von www.german-foreign-policy.com.

„BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung soll für die deutschen Auslandsinterventionen eine paramilitärische Polizeitruppe ("Gendarmerie") gründen. Dies empfehlen Regierungsberater von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Demnach bestehe in den Interventionsgebieten von Bundeswehr und deutscher Polizei eine "Fähigkeitslücke", die vor allem die Niederschlagung von kleineren Unruhen und gewalttätigen Demonstrationen betreffe. Hierzu sei eine Mischung aus polizeilichen und militärischen Fähigkeiten nötig, die man gewöhnlich bei Gendarmerien vorfinde.



Wie es bei der SWP heißt, stünden rechtliche Einwände dem Aufbau einer Gendarmerietruppe keinesfalls im Wege: Zwar schreibe das Grundgesetz eine klare Trennung zwischen Polizei und Militär vor, dies gelte jedoch nicht im Ausland. Die SWP-Regierungsberater plädieren für den Aufbau einer Spezialeinheit "von einigen hundert Gendarmen" unter dem Dach der Bundespolizei oder der Feldjäger der Bundeswehr. [...]

"Bestimmungsmerkmal einer jeden Gendarmerie", heißt es in dem SWP-Papier, "ist ihr hybrider Status zwischen Polizei und Militär." Ihre Einheiten sind demnach "mit schweren Waffen und robusten Selbstschutz- und Einsatzkapazitäten ausgerüstet", sie "verfügen über gepanzerte und bewaffnete Fahrzeuge und sind in Nahkampftechniken ausgebildet". Eine Gendarmerie kann militärischem Kommando unterstellt werden und ähnelt dann "einer leichten Infanterie". Zugleich verfügen ihre Angehörigen über eine umfassende polizeiliche Ausbildung und sind zum Beispiel in

kriminalpolizeilichen Techniken und im Umgang mit organisierter Kriminalität geschult. Durch diese Doppelqualifizierung seien sie "besonders geeignet, gewalttätigen Demonstrationen und Aufständen zu begegnen", schreiben die Autoren des SWP-Papiers.

Europäische Gendarmerietruppe

Gendarmerien, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, besitzen acht Mitgliedstaaten der EU. Fünf von ihnen unterzeichneten im Oktober 2007 den Gründungsvertrag für eine Europäische Gendarmerietruppe (European Gendarmerie Force, EGF). Die EGF soll innerhalb von 30 Tagen 800 Gendarmen entsenden und die Truppe danach bis zu einer Gesamtstärke von 2.300 Gendarmen aufwachsen können. Perspektivisch soll sie in der Lage sein, zwei Einsätze ("Missionen") gleichzeitig durchzuführen. Gegenwärtig ist die EGF insbesondere in Afghanistan tätig, wo sie sich am sogenannten Polizeiaufbau beteiligt. Die NATO favorisiert hierbei Gendarmerien gegenüber der zivilen Polizei. Deutschland, das keine Gendarmerie besitzt, droht damit ins Abseits zu geraten. [...]

Ohnehin sei schon der Bundesgrenzschutz - die heutige Bundespolizei - "mindestens bis 1972 eine paramilitärische Polizei par excellence" gewesen, "abzulesen an der Unterbringung in Kasernen, den Ausbildungsmethoden, der Bewaffnung und dem Kombattantenstatus".

Die SWP-Autoren - beide sind oder waren Stipendiaten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, einer der beiden ist im Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen aktiv - empfehlen, "eine spezialisierte Einheit von einigen hundert Gendarmen ausschließlich für den Auslandseinsatz aufzubauen". Die Einheit solle entweder bei der Bundespolizei oder bei den Feldjägern eingegliedert werden. Entscheide sich Berlin für die Eingliederung in die Bundespolizei, dann sei darauf zu achten, dass eine Unterstellung unter militärisches Kommando ausdrücklich zugelassen werde. Auch einen letzten Vorteil der Gendarmerietruppe erwähnen die Regierungsberater. Zivile Polizisten können laut Beamtenrecht nicht zum Auslandseinsatz verpflichtet werden. "Gendarmen sind in Verbänden organisiert", heißt es bei der SWP: "Deshalb unterliegen sie nicht dem Prinzip der Freiwilligkeit für Auslandseinsätze". Sie sind damit jederzeit in kürzester Frist verfügbar - ganz wie das Militär.

(Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57759>)

Wuide (Köln)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Klassenkampf statt Weltkrieg!

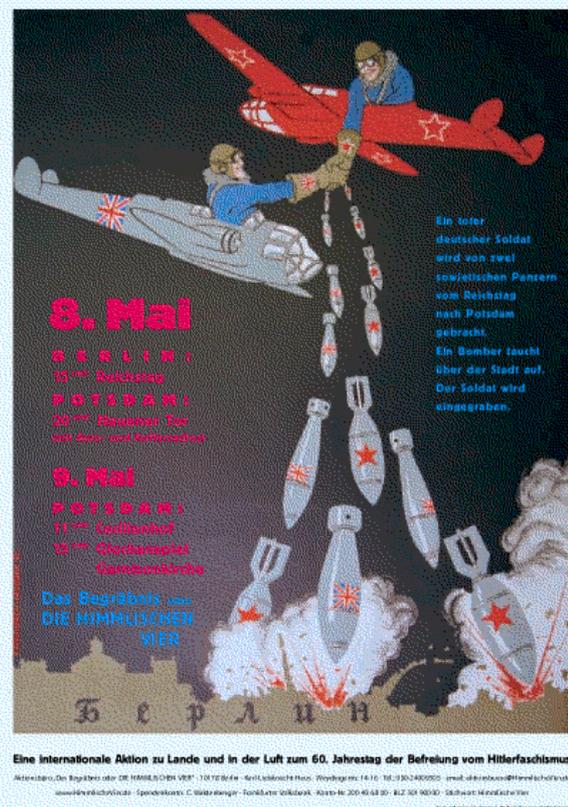
„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ wird zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus auf der Straße sein: Am 8. Mai 2010 wird ein Aktionszug seine Generalprobe haben, vor dem Bundeskanzleramt, dem Reichstag und auf den Straßen Berlins. Dieser Aktionszug aus fünf Militär-LKWs wird dann vom 8. bis zum 15. Mai 2011 durch drei Länder ziehen - eine Warnung vor den deutschen Kriegstreibern. Der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ bricht auf in Berlin vor dem Reichstag. Von dort zieht er über Leipzig und Dresden in die Tschechische Republik. In Prag auf dem Wenzelsplatz hält er eine Kundgebung ab. Über Zittau wird der Zug nach Polen kommen. Mehrmals wechselt der Zug über die deutsch-polnische Grenze, bis er hinter Kostrzyn der Strecke folgt, die die Rote Armee nahm, als sie 1945 die Völker der Welt vom Hitlerfaschismus befreite. Am 9. Mai wird der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ nach Berlin zurückkehren.

Heute

Diese internationale Antikriegsaktion ist Erinnerung und Warnung. Eine Erinnerung daran, dass die Frage „was tun, wenn die Bomben wieder fallen“ schon wieder zu stellen ist. Eine Warnung davor, dass der deutsche Imperialismus schon wieder ein Land, die DDR, annektiert hat und die Völker der Welt bedroht. Diese internationale Antikriegsaktion ist eine Aufforderung, dass wir eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte ziehen müssen: Nicht zuzulassen, dass der deutsche Imperialismus erneut seine Finger ausstreckt und Verwüstung und Tod über die Welt bringt.

Wenn der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ seinen Weg durch ein schon vom deutschen Imperialismus annektiertes Land nimmt, von dort in die Tschechische Republik fährt und damit in das Land, das das letzte Opfer der deutschen Aggression bei der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs war. Wenn der Zug dann nach Polen fährt, und damit in das Land, dass am 1. September 1939 das erste Opfer bei der Durchführung des zweiten Weltkriegs wurde. Dann erinnert er an die Verbrechen des deutschen Imperialismus. Und er warnt vor dem wiedererstarkten Deutschland. Und vor allem ist er eine Kampfansage gegen die Vorbereitung eines neuen Weltkriegs.

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER 2006



Zum 61. Jahrestag der Befreiung traten zum ersten Mal die Himmlischen Vier auf. Aber sie wurden vom deutschen Staat verboten. Ein Jahr später kamen sie wieder. Ein Krokodil schwamm die Spree entlang und ging nicht an Land. Vor dem Reichstag lag ein toter deutscher Soldat. Zwei Panzer von rechts und links fahren auf und nahmen den toten Soldaten mit. Sie fahren vor das Berliner Kammergericht, das Gericht, in dem Eisler, der Blutrichter, zahlreiche Urteile im Dienste des Faschismus sprach. Dann machten sie sich auf nach Potsdam, in die Stadt, in der die Alliierten das Potsdamer Abkommen schlossen. Das Abkommen, mit dem verhindert werden sollte, dass dieses Deutschland jemals wieder Tod und Vernichtung über die Welt bringt. Dort begruben sie erst den toten Soldaten, änderten dann aber ihre Meinung und nahmen ihn mit unbekanntem Ziel mit. Das Krokodil war wieder zu sehen, es überquerte die Glienicke Brücke und kroch in die DDR.

Ein Traum

Linda geht aufgeregt ins Bett. Morgen beginnt die Klassenfahrt nach Berlin. Berlin, da war sie noch nie. Was sie wohl alles erleben wird? Sicher viel Außergewöhnliches. Noch einmal schlafen, dann ist es soweit.

Vor dem Reichstag in Berlin fahren fünf LKWs vor. Der Lehrer kann soviel über den Reichstag erzählen, wie er will. Alle Blicke der Schüler sind jetzt auf diesen Konvoi gerichtet. Auf dem ersten LKW ist eine Rakete. Auf der rutscht eine Frau rum. Jetzt kann man ihr Gesicht sehen. Frau Merkel? Ja Frau Merkel! Bei ihr steht ein Mann, der einen Globus in der Hand hält. Es sieht so aus, als wollte er sich die ganze Welt unter den Nagel reißen. Und er hat auch noch eine Gasflasche in der Hand. Und ein gierig aussehender Stier fährt auch noch mit. Da kommt schon der zweite Wagen. Finstere Gestalten, mit Maschinengewehr und Schlagstock, sowie ein General. Was soll das? Dahinter der nächste Wagen, zwei kleine Zwillinge stehen darauf, drehen sich und trommeln wie wild. Dann wird es rot. Ein Wagen mit Frauen und Männern und rote Fahnen. Sie halten Schilder in der Luft, auf denen steht: Noch ist Polen nicht verloren! Nie wieder Münchner Abkommen! Und dann: Junge Menschen, Transparente schmücken ihren LKW. „Freundschaft der Jugend der Welt“ rufen sie! Erst jetzt wenden sich die Blicke der Schüler nach oben: Klassenkampf statt Weltkrieg! Steht da geschrieben. Linda wird neugierig. Sie nähert sich dem letzten Wagen. Ein Mädchen reicht ihr ein Flugblatt und

erzählt ihr, was dieser Zug soll. Alle Schüler reden jetzt wild durcheinander, auch der Lehrer ist ein wenig sprachlos. Was soll er jetzt machen? Da ruft ein Junge: Fahrt doch mit! Wir fahren weiter! Über Leipzig, Dresden, dann in die Tschechische Republik, nach Prag, dann über Zittau nach Polen und schließlich über die Seelower Höhen den Weg, den die Rote Armee nahm, als sie Hitlerdeutschland besiegte und die Völker der Welt vom Hitlerfaschismus befreite. Alles versteht Linda noch nicht. Aber dass diese Leute auf den Wägen Recht haben könnten, wenn sie sich so die täglichen Vorkommnisse vor Augen führt und an diese letzte Rede zu Gutenbergs denkt, das findet sie schon. Sie steigt auf.

Ob das jetzt ein Traum war? Wacht Linda am nächsten Tag auf und macht eine langweilige Klassenfahrt? Oder träumen wir, wenn wir uns so ein Szenario vorstellen? Wer weiß es.

Den Traum von einer Zukunft in Frieden, von einer Zukunft, von einer Welt, die dieses sterbende System des Imperialismus überwunden hat, den sollten wir aber träumen. Und erkennen, dass wir dafür etwas tun können. Und ist dafür nichts eines der wichtigsten Lehren, die wir aus unserer Vergangenheit ziehen müssen, dass wir es nicht zulassen, dass der deutsche Imperialismus erneut seine Finger ausstreckt und Verwüstung und Tod über die Welt bringt. Und ist dafür nicht eines der besten Mittel, diesen Kampf über alle Grenzen hinweg zu führen, zu beginnen, international die Hand zu reichen und uns zusammenzuschließen.

Generalprobe des Aktionszugs „Klassenkampf statt Weltkrieg“ in Berlin: **8. Mai, 11 Uhr, Kanzleramt und Reichstag – Gendarmenmarkt – Hackescher Markt – Alex – Rosa-Luxemburg-Platz – Kollwitzplatz – Rosenthaler Platz – Hauptbahnhof – 17 Uhr Sowjetisches Ehrenmal (Tiergarten) – am 8. Mai 2011 geht's weiter nach Prag und Polen ...**



Aktionsbüro "Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER" in Aktionseinheit mit Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik, Freie Deutsche Jugend, 35 IG Metall Vertrauensleuten und Betriebsräten von Mercedes Werk Bremen, IG Metall Vertrauenskörperleitung Mercedes Benz Werk Wörth, IG Metall Vertrauenskörperleitung manroland Offenbach, Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik.

Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ Karl-Liebknecht-Haus, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin
Tel.: 030-24009505, E-Mail: aktionsbuero@himmlischevier.de, www.HimmlischeVier.de

Treffen wir den deutschen Imperialismus und verraten ihn, indem wir das deutsche Vaterland verraten!

Und träumen wir ein wenig mehr. Denn „der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen

Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung.

Ich hoffe, viele Lindas werden auf dem Wagen sein!

Wenn Ihr bei der Generalprobe am 08. Mai 2010 auf dem Wagen sein wollt oder bei der Aktionswoche vom 02. bis 08. Mai 2010 in Berlin dabei sein wollt, meldet euch!

Mail : Info@Jugendkongress-NdR.de
Tel.-Nr.: 0176-23233235

Anna (Köln)

Aktion vor der Commerzbank in Frankfurt/Main

Was haben eine V2-Rakete, Frau Merkel darauf und ein sie bewachender Soldat vor der Commerzbank in Frankfurt/Main zu tun?

Als Teil des Jugendaktionsausschusses - Notstand der Republik treffen wir uns seit 2007 mit Gewerkschaftsjugendlichen und Jugendlichen aus fortschrittlichen Organisationen um uns selbst ein Bild zu machen, wie dieser deutsche Staat kriegsverwendungsfähig gemacht wird. 2007 rief der damalige Vorstandssprecher der Commerzbank Klaus-Peter Müller die 1. Panzerdivision nach Celle, empfahl die Umsetzung des Weißbuches der Bundeswehr (2006): weltweite Sicherung der Rohstoffe und Transportwege – und die Generale gehorchten.



Damit es nicht nur beim „sich ein Bild machen“ bleibt, fanden in den letzten Jahren Aktionen des Jugendaktionsausschusses statt. Und so fanden sich nun am 26.03.10 Aktivisten, eine selbst gebastelte V2, eine Frau Merkel darauf und ein Soldat davor, vor der Commerzbank in

Frankfurt ein. Vermutlich gewerkschaftlich organisierte Kollegen der Commerzbank wussten, als sie beim Rausgehen aus der Commerzbank auf unsere Aktion trafen, wo der Hase lang läuft und begrüßten die Aktion. Passanten zückten schmunzelnd und bejahend den Fotoapparat. Banker kamen zurück und wollten dann doch wissen, was in „ihrer“ Bank so läuft. Stramme Reservisten versuchten uns zu rekrutieren. Doch wie auf dem Transparent des Jugendaktionsausschusses zu lesen war: „Wir marschieren nicht gegen andere Völker!“ Dies bekräftigten wir mit Kurzreden und unserem Flugblatt, in der Diskussion oder im Schülerinterview („Was ist Demokratie?“). Wir beteiligen uns nicht an den Verbrechen einer Minderheit! Unsere Zukunft sieht anders aus!

Diese kleine Aktion wies auf eine größere hin: „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Im Sinne des proletarischen Internationalismus soll die internationale Antikriegsaktion vom 02. – 09.05.2010 in drei Ländern stattfinden: Der annektierten DDR, Polen und der Tschechischen Republik. Als Unterstützer der Aktion warnt der Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik vor der Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgehen kann. Doch es wird auch eine praktische Schule in Klassenkampf für uns sein, wie wir bei unserer kleinen Aktion vor der Commerzbank gesehen haben. Erst da merkten wir, wo wir in der Diskussion Schwachstellen haben, wo wir uns noch mehr theoretisch bilden müssen, um die komplexen Zusammenhänge zu verstehen und erklären zu können. Für uns in Frankfurt/Main war dies ein guter Anfang – und macht Mut für mehr Aktionen! Deshalb schließt euch an! Sagt Nein zu den Verbrechern!

Sandy (Frankfurt Main)



Hier wird der Weltkrieg vorbereitet!

Köln ist Karneval. Köln ist der FC Köln. Köln ist Kölsch. Schön wär's. Köln ist Krieg!

Immer wieder taucht Köln auf, wenn wir uns Fakten zum Notstand der Republik ansehen. Immer wieder stoßen wir auf Köln, wenn wir uns insbesondere mit dem Staatsumbau und der Zentralisierung des Gewaltenapparats und des Militärs beschäftigen. Das ist der Grund, weshalb wir folgende Aktion in Köln planen:

An einem Tag, den 23. April 2010, werden wir vor fünf Orten dieser Kriegsvorbereitung stehen, dabei haben wir das Transparent „Hier wird der Weltkrieg vorbereitet!“ dabei und natürlich was wir dazu sagen: „Wer die Jugend hat, hat die Armee“ (K. Liebknecht) – „Wir werden nicht gegen andere Völker in den Krieg ziehen! Klassenkampf statt Weltkrieg!“

Die erste Station wird das THW sein. Das THW ist eine Streikbrecherorganisation. Seine Aufgabe war und ist, dieses Land kriegstauglich, insbesondere für die Heimatfront zu machen. Aber nicht nur: Das THW spielt auch beim Vorstoß des deutschen Imperialismus in andere Länder mit. Schon jetzt ist es mit Einsatzkräften beispielsweise in Griechenland. Oder es „kooptiert“ mit Polen. Die Leitung des THW hat ihren Sitz in Bonn, also gleich bei Köln. Um ein paar mehr Menschen zu erreichen, haben wir uns eine Stelle des THW ausgesucht, die ein wenig zentraler in Köln liegt.

Zweite Station ist die Bezirksregierung Köln. Warum? Weil dort auf einem großen Schild das steht, was Sache ist: Hier regiert der Heimatschutz! Hier wird für Ruhe im Landesinneren ge-

sorgt. Gegen streikende Arbeiter! Gegen demonstrierende Jugendliche!

Dritte Station ist der MAD, der militärische Abschirmdienst. Von außen sieht das aus, als wäre hier „einfach nur“ eine Kaserne, die Konrad Adenauer Kaserne, wo jeder männliche Jugendliche aus Köln und der Umgebung Kölns hin muss, wenn er gemustert wird. Wenige wissen, was sich hinter dem Stacheldrahtzaun noch verbirgt: Der MAD. Dieser ist einer der drei Nachrichtendienste der BRD und ist zuständig dafür, sämtliche Informationen über Personen im In- wie Ausland zu sammeln und zu bespitzeln, die in irgendeiner Form die BRD und ihr Militär gefährden könnten. Und natürlich sitzt der MAD auch im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum in Berlin/Treptow. Die Zentrale, die strukturiert wie das NS-Reichssicherheitshauptamt, sämtliche Gewaltenapparate dieses Land vereint und somit für dieses Land nach 1945 verboten wurde.

Vierte Station ist das Bundesverwaltungsamt. Bundesverwaltungsamt, das hört sich doch eigentlich harmlos und wenn, dann nach viel uninteressanter Bürokratie an. Aber dahinter versteckt sich ebenso knallharte Kriegsvorbereitung. Dieses Amt ist *die* Datensammelzentrale. Alles, was man wissen muss über den Einzelnen, wird hier gespeichert und „verwaltet“. Und genützt: Genützt dafür möglichst viel zu wissen, möglichst genau zu wissen, wer wie einsetzbar ist, wer wie ein Störenfried sein könnte, wer wie den Kriegsplänen des deutschen Imperialismus zuwiderlaufen könnte. Und nicht zuletzt; hier werden auch

die Daten all jener Menschen gesammelt, die dieser Staat als „Ausländer“ brandmarkt, die dieser Staat rassistisch ausschließt.

Fünfte und letzte Station, das sind hoffentlich möglichst Viele, die diesen Kriegskurs bekämpfen und sich gerne Vaterlandsverräter nennen. Die vielleicht in Köln wohnen oder wenn nicht, gerne nach Köln an diesem Tag kommen sollen,

um Köln als das, was es neben Karneval, FC Köln und Kölsch eben und vor allem ist: Ein Hort der Kriegsvorbereitung!

Wer Lust auf solche und ähnliche Aktionen hat, meldet sich bei Anna, 017623233235 oder koeln-gegen-notstand@web.de!

Anna (Köln)

Eine Merkel im Blauhemd?



Ostern 2010. Eine Woche lang Fahrrad fahren. Eine Woche lang Flugblätter verteilen. Quer durch die annektierte DDR. Von Berlin geht's über Leipzig nach Dresden ... Moment! Ist das nicht erst Anfang Mai und dann auf LKWs und nicht auf dem Fahrrad? Fahren wir dann nicht auch noch durch die Tschechische Republik und Polen? Und läuft das Ganze nicht unter der Lösung „Klassenkampf statt Weltkrieg“? Ja ... auch. Aber von Anfang:

Zur Unterstützung von „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im Rahmen der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder Die Himmlischen Vier“ beschloss der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) eine Aktionswoche, direkt auf der Route der Aktion im Mai zu machen. Wir sind Jugendliche, wir haben keine LKWs. Wie also auffallen und von A nach Z kommen, ohne Auto oder Zug? Denn in beiden Fällen lässt es sich schlecht Flugblätter verteilen. So stiegen wir aufs Fahrrad.

Am ersten Tag trafen wir uns in Berlin. Wir stellten FDJ-Fahrradfahren her, erstellten ein Flugblatt und schraubten ein bisschen an unse-

ren Rädern. Am zweiten Tag fuhren wir dann mit dem Zug nach Bitterfeld (ihr seht schon, nur Fahrrad wäre unmöglich gewesen), um von dort mit dem Fahrrad über Delitzsch in Richtung Leipzig zu starten.

Vorne weg fährt Frau Merkel im Blauhemd. Sie trägt ein Schild „In der DDR wäre ich nie Kanzlerin geworden“. In einigem Abstand folgen ihr Jugendliche im Blauhemd. Sie tragen Warnwesten mit der Aufschrift „Wir unterstützen die internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg“.

Auffällig waren wir damit allemal. Und die Reaktionen waren auch gut. Besonders auf unsere Unterstützung für die Aktion. Von gereckten Fäusten und fröhlichem Gehepe aus den Autos angefangen, ging es weiter über „Richtig! Weiter so!“, „Wir haben gekämpft, jetzt seid ihr dran!“ bis „Was? Die FDJ gibt's noch?“.

Am nächsten Tag nahmen wir am Ostermarsch in Leipzig teil. Er begann mit einer Auftaktkundgebung und Ständen der Teilnehmer, auch wir hatten einen. Sehr schnell wurde einer unserer Genossen beim Flugblattverteilen angeschrien. Die Schreierin war die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Monika Lazar (vom Kundgebungsleiter wurde sie für ihre Rede so angekündigt „...die einige Kriege nicht unterstützt hat...“).



Sie sorgte auch ziemlich schnell dafür, dass Polizei und Presse sich für uns interessierten. Wir würden mit unseren Blauhemden gegen das neue sächsische Versammlungsgesetz verstoßen, hieß es. Demnach ist u.a. Uniformierung auf Demonstrationen verboten. Also wurden uns unsere Personalien aufgenommen. Außerdem sollten wir unsere Blauhemden ausziehen, hieß es. Notfalls würde das auch mit Gewalt geschehen. Die am Ende gefundene Lösung ist ebenso nutzlos wie witzlos. Und sie könnte aus

dem Brecht-Gedicht „Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“ sein. Wir mussten also die FDJ-Symbole auf unseren Hemden mit durchsichtigem Krepp überkleben und „Zensiert“ drauf schreiben – damit war unser Symbol weder unkenntlich gemacht, noch die Uniformierung aufgehoben ... aber sei es drum! Viel Solidarität erhielten wir dafür übrigens von den meisten Kundgebungsteilnehmern und den Veranstaltern.



Auf dem Ostermarsch selbst, nun zensiert, trugen wir das Transparent des Jugendaktionsausschuss. Natürlich lief auch Frau Merkel in Blauhemd und mit ihrem Schild wieder mit. Doch auf der Abschlusskundgebung vor dem US-Konsulat machte sie etwas Merkwürdiges: Sie stellte sich mitten auf den Kundgebungsplatz und legte Schild und Blauhemd ab, zog sich ein Jackett an und nahm ein neues Schild auf „Wir sind die Guten“ war darauf zu lesen, das „Wir“ schwarz-rot-gold unterstrichen.

Zur Aufklärung der ganzen Vorkommnisse und zur Vorstellung unseres eigentlichen Anliegens konnte eine von uns auf der Abschlusskundgebung sprechen und so die Aktion vorstellen. Das Ganze wurde mit viel Aufmerksamkeit und Applaus quittiert. Im Anschluss ging es jedenfalls wieder auf die Fahrräder für uns, Richtung Dresden.

Den ganzen folgenden Tag verbrachten wir in Dresden. Hier bekamen wir eine antifaschistische Stadtführung und wurden eingeladen bei den Großeltern eines Genossen, die damals die DDR mit aufgebaut hatten. Viele Stunden Erzählung und Diskussion bei leckerem, selbstgebackenem Kuchen und Salat folgten.

Am fünften Tag fuhren wir dann nach Görlitz und in dessen polnischen Teil, Zgorzelec. Die kirchlichen Traditionen bekamen wir dort schnell zu spüren. Denn vollkommen unerwartet begossen uns ca. 18 jugendliche Jungs mit mehreren Litern Wasser. In der dortigen Tradition gilt das der Teufelsaustreibung – am Ostermontag wer-



den die Frauen mit Weihwasser übergossen, am folgenden Dienstag bekommen die Kerle mit Weidenruten auf den Hintern. Wir sind aber nicht zur Revanche geblieben. Stattdessen konnten wir auch hier die Begeisterung in den Augen der älteren polnischen Bürger erkennen, als diese die Sonne der FDJ wiedererkannten. Wir wurden mit „Freundschaft!“ begrüßt. Zum Abschluss ging es noch nach Zittau. Hier trafen wir einige Bündnispartner aus der Linkspartei.

Und hier zeigte sich auch am stärksten, was wir schon die ganze Woche beobachten konnten: Je weiter wir in den Osten kamen, desto größer die Armut, desto größer die Verslossenheit der Bevölkerung, desto größer die Angst. Zittau war bis vor 20 Jahren, also bis zur Annexion der DDR, eine Stadt mit 45.000 Einwohnern. Dann zog der deutsche Imperialismus über sie her, vernichtete das Volkseigentum an Produktionsmitteln, enteignete, stürzte die Menschen in Armut und lies nur „blühende Landschaften“ zurück. Das Ergebnis: Eine offizielle Arbeitslosenquote weit über 15%. Eine Stadt, in der es kein Gewerkschaftshaus mehr gibt, weil die Kollegen keine Arbeit mehr haben. Eine Stadt, in der Antifaschisten großen Mut brauchen sich öffentlich zu zeigen, weil sie fast jeden Monat neue Fensterscheiben brauchen. Und weil sie sich in Gefahr begeben würden, wenn sie nicht mit einem großen Hund auf die Straße gingen. All das nach 20 Jahren Annexion. Hier ist ein Volk ausgeblutet worden, hier wird es weiter bis auf die Knochen geschöpft.

Das Alles erfordert unseren Kampf! Das und noch vieles mehr, wie z.B.:

- die Perspektivlosigkeit und der blanke Überlebenswille, der die Jugend zur Armee treibt.
- der deutsche Imperialismus, der nicht einmal mehr in der Lage

ist, seinem Sklaven die Existenz, selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern, weil er ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden (Frei nach Marx „Kommunistischem Manifest“).

- diese Lage, die den deutschen Imperialismus in den Krieg treiben muss, auf der Jagd nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffen, auf der Jagd nach dem Maximalprofit.

Deshalb: heraus auf die Straßen, wir sehen uns am 2. Mai in Berlin!

Marlene (Bremen)

III. Jugendaktivistentreffen gegen den Notstand der Republik

Am 20. und 21. März 2010 trafen sich Jugendliche verschiedener Organisationen und Gewerkschaften, sowie Unorganisierte aus allen Teilen des Landes in Regensburg zum III. Jugendaktivistentreffen gegen den Notstand der Republik.

Zwei Tage untersuchten und diskutierten wir verschiedene Aspekte der deutschen Innen- und Außenpolitik in Vergangenheit und Gegenwart und tauschten Fakten aus, die Anlass zur Sorge geben und die Gefahren für den Weltfrieden aufzeigen, welche schon wieder von diesem Deutschland ausgehen. So wurden Dokumente der Bundesregierung und deutscher „Think Tanks“ thematisiert, die offen Präventivkriege für deutsche Wirtschaftsinteressen fordern und große weltweite Kriege unter deutscher Beteiligung voraussagen. Die deutsche EU- und Europapolitik wurde unter dem Aspekt der Einflussnahme auf souveräne Staaten und der deutschen Vormachtstellung in Europa untersucht und die „Vertriebenenverbände“ als revanchistische Hilfstruppen zur Revision nationalstaatlicher Grenzen entlarvt. In der immer engeren Kooperation zwischen Bundeswehr und Privatwirtschaft offenbarte sich außerdem eine direkte Indienststellung der Armee für die Interessen der Wirtschaft.

Beispielhaft wurde des Weiteren die ökonomische und politische Durchdringung der Nachbarländer Polen und Tschechische Republik durch den deutschen Imperialismus beleuchtet.

Gerade die immer stärker vorangetriebene

Militarisierung von Kindern und Jugendlichen durch Jugendoffiziere der Bundeswehr, Einflussnahme der Bundeswehr auf Lehrmaterial und Unterrichtsstoff in den Schulen, Kooperationsvereinbarungen des Militärs mit den Kultusministerien vieler Bundesländer, Schießspiele für Kinder, Soldaten an den Unis und vieles mehr wurde scharf kritisiert. Die Anwesenden erkannten darin direkte Maßnahmen der Kriegsvorbereitung und eine bewusste Gewöhnung an Soldaten, Waffen und Krieg im Alltag, die mit einer demokratischen Republik unvereinbar sind und nur in Vorbereitung größerer kriegerischer Auseinandersetzungen Sinn ergeben. Diese Warnung haben wir in einer Erklärung festgehalten (siehe Anhang).

Neben dem Austausch über die akute von der BRD ausgehende Kriegsgefahr diente das III. Jugendaktivistentreffen der Vernetzung von Jugendlichen, die in verschiedenen Städten und unter unterschiedlichen Bedingungen gegen Demokratieabbau und Krieg kämpfen.

Nach der theoretischen Auseinandersetzung wurde ein Vorschlag des Aktionsbüros „Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER“ (www.himmlischevier.de) diskutiert, der eine Aktion mit Kunstcharakter zum 65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg beinhaltet. Näheres hierzu siehe im Artikel „Klassenkampf statt Weltkrieg“ auf Seite 9.

Insgesamt ein erfolgreiches Wochenende mit viel Diskussion und Ideen für die Weiterarbeit.

Julian (Regensburg)

Drei ausgewählte Referate findet ihr im Anhang „REFERATE III. Jugendaktivistentreffen“

Bundeswehr und Skelette vor Nürnberger Schulen

Um Berufsschüler neugierig auf unser Flugblatt (siehe Anhang) zu machen und besser in Diskussionen zu kommen, hatten wir uns eine kleine Aktion überlegt: Wir steckten einen hübschen jungen Kerl in eine graue Offiziersjacke und gaben ihm einen Karton mit der Aufschrift „Zukunftslose“ in die Hand. Darin befanden sich Lose, die den Schülern ihre Zukunft bei der Bundeswehr voraus sagten. Die Aussichten waren, im Krieg getötet zu werden, weil Beispiele von gefallenen deutschen Soldaten auf ihnen abgedruckt waren. Unser „Offizier“ brachte Sprüche wie „Wirtschaftskrise – unsichere Zukunft? Nicht bei uns! Die Bundeswehr ist ein sicherer Arbeit-

geber!“ oder „Abenteuerlust, Kameradschaftsgeist bei gutem Einkommen gibt es nur bei uns. Werdet Heeresflieger oder Marineschwimmer!“ oder „Kostenfreie Zukunftslose! Bei uns stehen euch alle Möglichkeiten offen!“.

In größerem Abstand hinter ihm standen die Flugblattverteiler und am Eingang der Schule mit Skelettkostümen bekleidete Aktivisten, die Schilder trugen auf denen zu lesen war: „Ich marschiere nach Afghanistan“, „Ich marschiere nach Somalia“, usw.. Die Aktion wurde vor mehreren Schulen durchgeführt sowie beim Studien- und Berufsbasar, wo wir auch auf das „Original“ in Form des Bundeswehr-Trucks mit echtem Ju-

gendoffizier trafen. Mancher Jugendliche ließ sich davon nicht sonderlich beeindruckt, so dass wenigstens ein Flugblatt den Weg in den Truck fand. Auch vor der herbeigerufenen Polizei wurden wir gewarnt. Insgesamt kam die Aktion bei den Jugendlichen

und auch einzelnen Lehrern, Schulangestellten und Eltern gut an. Die Flugblätter wurden gut genommen und wir konnten viele Diskussionen führen sowie einige E-Mail-Adressen sammeln.

Roland (Nürnberg)

„Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“ Demonstration in Freiburg am 23.1.2010

**Es regt sich Widerstand in diesem Land!
Gegen wen? Gegen die Militarisierung der
Schulen, gegen das Auftreten von Jugendof-
fizieren vor Schulklassen - „Bundeswehr raus
aus dem Klassenzimmer“.**



Mit dieser Parole rief Ende Januar das Freiburger Bildungsstreikbündnis zu einer Demonstration auf, die es in einigen Belangen in sich hatte. Die Demonstration reagierte damit auf eine weitere vertragliche Verankerung der Mobilmachung von Schülern, der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg und der Bundeswehr, welche Anfang Dezember letzten Jahres unterzeichnet wurde.

Die Demonstration

Los ging's mit einer Auftaktkundgebung auf der sich gleich zu Beginn die beiden absoluten Hauptattraktionen der ganzen Veranstaltung positionierten – ein qualmender Panzer und einer dahinter stehenden Truppe von (verkleideten) Bundeswehrsoldaten, die wiederum einen Sarg mit der Aufschrift „Wir brauchen Nachwuchs“ trugen.

Zum Auftakt ist vor allem noch der Hauptredner zu nennen, ein Lehrer von der GEW. In seiner Rede ging er zunächst konkret auf den Kooperationsvertrag für BaWü ein – mit dem Resümee, diesen kategorisch abzulehnen. Das tat er offen als Gewerkschafter, musste allerdings hinzufügen, dass er mit dieser Haltung nur für Teile der GEW-Freiburg spreche (Einige der Kollegen würden den Vertrag eben nicht in seiner Gänze ablehnen ...). Warum er selbst die Vereinbarung für absolut falsch hielt, begründete er (Geschichtslehrer) aus der Geschichte. Er stellte fest, dass es diesem Land nie ganz gelang, weder seine preußisch-militaristischen Wurzeln, noch den Militarismus der Nazi-Zeit abzulegen. Zwar erreichte die demokratische Bewegung der 1960er Jahre einige Verbesserungen, diese so schien es ihm, würden heute jedoch peu a peu wieder zurückgenommen werden.

Für die ganze Demonstration war inhaltlich auffallend, dass niemand thematisch abgesehen ist, im Gegenteil, auf sämtlichen Transpis wurde das Auftreten der Bundeswehr an Schulen und teilweise darüber hinaus die Militarisierung der Gesellschaft verurteilt!

Unter den gut 200 Teilnehmern waren in etwa 90% Jugendliche, was eine - unabhängig von der Menge - gewisse Schwäche zeigt, brauchen wir doch, um die Bundeswehr aus der Schule und allen anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen wieder raus zu schmeißen, unbedingt die Eltern und erst recht die Lehrer auf unserer Seite.

In punkto Außenwirkung waren sie nicht zu toppen, neben dem Panzer und der ihm folgenden Truppe gab's noch eine Clown-Einheit (verkleidet als Clowns marschierten sie ständig durch und neben der Demo umher, und sangen militaristische „Mobilmachungsliedchen“) und einen Trupp, der des Öfteren auf der Stra-



Be die Umrandungen von Soldatenleichen mit Kreide hinterließ.

Sprich: Das Ganze war inhaltlich spannend, absolut jugendgerecht, neu und hat somit bei den Meisten zu Lust auf Weiteres mit genau dieser Thematik geführt.

Das wurde zum Schluss auch angekündigt, nämlich dass in nächster Zeit sicherlich mit ähnlichen Aktionen zu rechnen ist.

Zwei kleine Filme auf youtube:

- Schule ohne Bundeswehr Demo FR 23.1.10 (Link: <http://www.youtube.com/watch?v=oEfMZnxn5Ow&NR=1>)
- Schule ohne Bundeswehr Kundgebung Freiburg 23.01.2010. avi (Link: <http://www.youtube.com/watch?v=172z8gHMBE&feature=related>)

Jan (Regensburg)

Aktion gegen Bundeswehr an Schulen – Berlin

Fakten

2009 wurde in Berlin eine Anfrage der Bundeswehr über einen Kooperationsvertrag vom Bildungsministerium abgelehnt. Trotzdem waren bereits an 98, also an einem Drittel der Oberschulen Jugendoffiziere (Anfrage von Steffen Zillich – Die Linke). Bereits 2007 nahmen 247 Lehrer an Fortbildungen der Bundeswehr teil.

Ende letzten Jahres fand eine Stunde eines Politik-Leistungskurses unter Polizeischutz statt, weil Proteste angekündigt waren. Im November bekamen einige Schüler, die den Raum verließen, Fehlstunden eingetragen.



Aktion

Ein Bericht von der Stadtteil-Schülerinitiative „Klassenkampf Süd-West“ über ihren Protest gegen eine Veranstaltung mit einem ehemaligen Offizier an ihrer Schule:

„Proteste bei Bundeswehrwerbung an Schule Berlin: Exoffizier bei Berufsorientierungstag an Gymnasium. Mehr als 100 Schüler und Kriegsgegner demonstrierten gegen den Auftritt.

Nachdem wir, die unabhängige Berliner Schüler_innen-Initiative Klassen-Kampf Süd-West (KKS), zum Protest gegen die Teilnahme eines ehemaligen Marineoffiziers als „Experte“ beim

jährlichen „Beratungstag über Berufsperspektiven“ am Zehlendorfer Schadow-Gymnasium aufgerufen hatte, nahmen am Morgen des 26ten März über 100 Schüler_innen, Eltern und Antimilitarist_innen an einer Kundgebung vor der Schule teil. In den diversen Redebeiträgen wurden die fortschreitende Militarisierung von Bildungseinrichtungen und der übrigen Gesellschaft in Berlin und darüber hinaus, der deutsche Kriegseinsatz in Afghanistan und der bundesweite Bildungstreik thematisiert.

Im Fokus stand insbesondere die Kritik an einem Beschluss der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung (BVV), den bezirklichen Schulen empfehlen zu lassen, regelmäßig Veranstaltungen mit Bundeswehrreferenten durchzuführen.

„Bewacht“ wurde die Schule durch ein großes und mit schusssicheren Westen ausgestattetes Polizeiaufgebot sowie „verdeckte“ Polizisten in zivil. Bereits im Vorfeld überwachte der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Geheimdienst der Bundeswehr die Organisator_innen. Wir lehnen diese Einschüchterungsversuche von Antimilitarist_innen entschieden ab!

Unerschrocken waren offenbar auch einige nächtliche Aktivist_innen, die die Schule und das daneben befindliche Gebäude der Post mit antimilitaristischen Parolen besprüht hatten.

Die Aktionen waren für viele Schüler_innen sichtbar und haben in der Lehrer_innenschaft, bei Schüler_innenvertretung und der Schulleitung Diskussionsprozesse ausgelöst, in die es nun zu intervenieren gilt. Wir begrüßen die ersten Vernetzungsinitiativen in Schüler_innen- und Elternschaft, denn mittelfristig ist mit weiteren Bundeswehrveranstaltungen im Bezirk zu rechnen.“

(Klassen-Kampf Süd-West)

(Quelle: <http://de.indymedia.org/2010/04/277577.shtml>)

Nele (Berlin)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.de

Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienen Infobriefe befinden sich auf der

Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de) und können von dort aus auch bestellt werden.

ANHANG

REFERATE III. Jugendaktivistentreffen

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir drei Referate, die neben anderen auf dem III. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsaus-

schuss – Notstand der Republik in Regensburg am 20./21.03.10 gehalten wurden. (Siehe auch Artikel auf Seite 15)

ANHANG Dokumente und Flugblätter

- Brief des Jugendaktionsausschuss an ver.di
Anlass: Die Fachgruppe Bundeswehr von ver.di hatte auf Grund von Aktivitäten gegen Militarismus der ver.di-Jugend in Bayern ein Flugblatt unter dem Titel „Wie stehen zu Euch und zur Bundeswehr“ herausgegeben, in dem sie sich gegen die antimilitaristischen Aktionen der Jugend und sehr unkritisch für die Bundeswehr ausgesprochen hat.
- Stellungnahme des Jugendaktionsausschuss zu „Klassenkampf statt Weltkrieg“ (siehe auch Artikel Seite 9)
- „Wir marschieren nicht gegen andere Völker“ - Flugblatt des Jugendaktionsausschuss zu „Klassenkampf statt Weltkrieg“ (siehe auch Artikel Seite 9 bis 12)
- „Die Commerzbank die Bundeswehr und der Weltkrieg“ – Flugblatt zur Aktion in Frankfurt (M) (siehe auch Artikel Seite 11)
- „Auch oder gerade Köln ist ein Hort der Kriegsvorbereitung“ – Einleger zum Flugblatt „Wir marschieren nicht gegen andere Völker“ aus Köln (siehe auch Artikel Seite 12)

- Erklärung der Teilnehmer am III. Treffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik - Bundeswehr in Schulen ist Kriegsvorbereitung (siehe auch Artikel Seite 15)
- „Bildung wird abgewrackt... Das Militär kommt an unsere Schulen...“ – Flugblatt des Nürnberger Unterstützerkreis der Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ (siehe auch Artikel Seite 15)
- „Was will die Bundeswehr im Klassenzimmer?“ – Flugblatt der Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
- „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“ – Demonstrationsaufruf des Freiburger Bildungstreikbündnis (siehe auch Artikel Seite 16)
- „ELENA- Der gläserne Arbeitnehmer?“ – Flugblatt der ver.di-Jugend Ingolstadt
- ERKLÄRUNG der Teilnehmer der Dritten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik. 12. Dezember 2009, Gewerkschaftshaus Mannheim

Einleitung

Die Tschechoslowakei war das letzte Land, das der deutsche Imperialismus noch "diplomatisch" aufteilte und sich einverleibte. Nur wenige Monate später, am 1. September 1939 überfällt die Hitlerwehrmacht Polen. Die Hitlerfaschisten rechneten bereits bei der Annexion Österreichs 1938 mit möglichen militärischen Widerstand der überfallenen Länder und dem Eingreifen der imperialistischen Konkurrenz und der Sowjetunion.

Heute befindet sich der deutsche Imperialismus wieder auf Ostlandtritt. Sein Weg nach Russland führt auch heute wieder über Polen und die Tschechoslowakei. Genauso wenig wie die deutschen Militärs und ihre Auftraggeber aus der Wirtschaft damals und heute, können wir sagen, wann und in welcher Form die Völker sich gegen den Raub zur Wehr setzen werden

oder die Konkurrenz gegen das Treiben militärisch vorgehen wird. Aber anhand des Treibens der BRD heute in Polen und der Tschechoslowakei wird klar, dass sich die Widersprüche zwischen den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern und der Konkurrenz sich täglich vergrößern und durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise unheimlich beschleunigt wird. Um zu verdeutlichen wie weit die Souveränität Polens und der Tschechoslowakei durch die BRD heute schon wieder in Frage gestellt wird, wurden auf dem letzten Aktivistentreffen entsprechende Kurzreferate gehalten, wobei der Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Durchdringung gelegt wurde, die wir im Folgenden dokumentieren. Die Referate geben vielleicht auch eine Ahnung davon, dass es sich nicht um regionale Fragen handelt.

Der deutsche Imperialismus und die Tschechische Republik Fakten zur Ökonomie

Die Tschechoslowakei hatte vor 1990 die höchste Staatsquote im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), d.h.: Ihre Wirtschaft war in hohem Maße vergesellschaftet. Der Anteil der Staatsproduktion am Gesamtprodukt betrug 97%.

Die Tschechoslowakei war seit ihrem Bestehen ein hoch industrialisiertes Land. Im RGW hatte die CSSR einen Industrieanteil an der gesamten Wirtschaft von 79,8%. Der Schwerpunkt der tschechischen Industrielag auf der Produktion von Produktionsmitteln. Spezialisiert war sie im RGW auf schwere Lkw, Pkws, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen, metallverarbeitende Maschinen, Werkzeugmaschinen (hier stellte die CSSR 80% aller im Weltsortiment vertretenen Maschinen her), Technik für Bergbau, Erdölförderung, Energieproduktion.

Nach 1989/90:

Die Tschechische Republik ist in hohem Maße vom Imperialismus abhängig. Den geringsten Teil daran trägt die direkte Auslandsverschuldung von rd. 32 Mrd. Euro. Es kommen dazu die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in Höhe von (2008) 82,2 Mrd. Euro. Insgesamt also 114,2 Mrd. Euro. Das BIP 2008 lag bei 141,88 Mrd. Euro. Damit gehören Werte in Höhe von 80,5% des BIP ausländischen Kapitaleigern.

Dem tschechischen Volk wurde sein Eigentum für einen Apfel und ein Ei abgenommen: Schon Ende 1994 waren 81% der staatlichen Betriebe entstaatlicht oder liquidiert. Die Erlöse dafür zwischen 1990 und

2004: 16,4 Mrd. Euro. Das Volk zahlte mit Arbeitsplätzen: In der CR waren im Jahr 2000 39% weniger Menschen in Lohnarbeit als im Jahr 1990 – das sind 1.974.000 Menschen. Und auch der deutsche Imperialismus bekam seine beherrschende Stellung in der CR für fast nichts: Der Anteil der CR an den gesamten Auslandsdirektinvestitionen des deutschen Imperialismus betrug 2007 gerade mal 2,5%!

In der Tschechischen Republik wird heute ein Drittel des sogenannten Bruttoinlandsprodukts durch Vorprodukte für Automobil- und Maschinenbau ausländischer Konzerne erzeugt.¹ Als die Krise die Automobilindustrie erfaßte, ist der Umsatz in der tschechischen Industrieproduktion insgesamt in einem Monat (November auf Dezember 2008) um 17,5% gefallen.² Der Auftragseingang in der Fahrzeugindustrie fiel im November 2008 gegen November 2007 um 35,6%, beim Maschinenbau um 40%, in der Elektroindustrie um 37%. Die Ausfuhr von Straßenfahrzeugen und Fahrzeugteilen lag im Dezember 2008 um 35% , die von Personenwagen um 41% unter dem Stand des Dezembers 2007. Mit anderen Worten: VW legt Kapazitäten in seiner auswärtigen Werkshalle CR still, und die tschechischen Arbeiter haben dafür bezahlt, daß die deutschen noch mit Kurzarbeit durchkamen. Dafür wurde jeder 10. im Automobilbau in der CR Beschäftigte gleich zu Beginn der Krise entlassen.

¹ Handelsblatt, 11.2.09

² Ebda.

Direktinvestitionen des deutschen Imperialismus in der Tschechischen Republik:

Nach 1989/90 waren deutsche Konzerne die ersten, die in der CR einfielen. Zu dieser Zeit stammten 70% der gesamten Auslandsinvestitionen aus der BRD.³ Allein VW bestritt zwischen 1990 und 1995 20% des ausländischen Engagements in der CSR bzw. CR.

Heute (Stand 2007) besitzen deutsche Kapitalisten 881 Firmen in der CR, beuten darin 265.000 Werk-tätige direkt aus, davon 160.000 in der Industrie⁴. Diese Zahl ist aber unzureichend um bestimmen, wie viele Werk-tätige in der CR für den deutschen Imperialismus arbeiten.

Automobilindustrie, Konzerninterner Handel

10% des tschechischen Außenhandels ist „Handel“ innerhalb des VW-Konzerns.⁵

Eine dominierende Rolle in der CR spielt die Automobilindustrie. Nur die Slowakei produziert weltweit pro Kopf der Bevölkerung mehr Autos. Die Autoindustrie erwirtschaftete 2008 fast 10% des tschechischen BIP und beschäftigte rund 150.000 Arbeiter.⁶ Dominierend: VW (Produktion 2007: rd. 600.000 Autos) und eine Gemeinschaftsproduktion von Toyota/Peugeot/Citroen mit 300.000 Autos.

90% der Automobilproduktion in der Tschechischen Republik wird exportiert.⁷ Oder genauer: Geht zur Verwertung des Werts in die Konzernzentralen von VW, Toyota und Konsorten zurück.

Auf dem Automarkt in der CR selbst hat 2005 VW (incl. Skoda) einen Marktanteil von ziemlich genau 50%, den Rest teilen sich Renault (7,2%), Hyundai (5%), Ford (4,5%), Peugeot (4,4%) und Citroen (3,1%).⁸

Der Kapitalexport des deutschen Imperialismus

Der deutsche Imperialismus ist der größte Aneigner von Produktionsstätten in der CR. Sein Anteil an den Auslandsdirektinvestitionen in der CR zwischen 2004 und 2008 lag bei 39,5%, dann folgten die Niederlande mit 27,3%, Österreich mit 22,9%, die USA mit 6,0% und Frankreich mit 4,3%.⁹ Ein großer, aber von uns nicht berechenbarer Anteil am niederländischen wie österreichischen Kapitalexport in die CR dürfte deutsches Kapital sein. Näherung gibt folgendes: Ein für die Größe dieser Länder sehr hoher Anteil des vom deutschen Finanzkapital in Beteiligungsgesellschaften angelegten Kapitalexports geht in die Niederlande

(27,9%) und nach Luxemburg (24,2%).¹⁰ Es ist also davon auszugehen, daß ein großer Teil des niederländischen und des luxemburgischen Kapitalexports nach Osteuropa in Wahrheit Export *deutschen Kapitals* ist.

Inzwischen sind die 10 wichtigsten Konzerne des deutschen Imperialismus in der CR: Deutsche Post, Bosch, Carl Zeiss, Benteler (Autozulieferer), VW, Continental, Siemens, Behr (Autozulieferer), Daimler und die Lufthansa. Diese 10 Konzerne machen 31% aller deutschen Investitionen in der CR aus, was noch einmal demonstriert, daß die CR absolute Domäne der deutschen Fahrzeugindustrie ist.¹¹

Wichtige Bereiche/Kommandohöhen der tschechischen Wirtschaft, in denen der ausländische Imperialismus und besonders der deutsche dominiert:

Zur Automobilindustrie ist schon das Wesentliche gesagt. Dazu kommen:

Telekommunikation: Die Telekommunikation ist vollständig entstaatlicht. 2005 wurde der letzte staatliche Anteil von 51% an CESKY TELECOM an die spanische Telefónica (O2) verkauft. Marktbeherrschend sind Telefónica (5,3 Mio. Kunden), T-Mobile (5,4 Mio. Kunden), Vodafone (2,9 Mio. Kunden).¹²

Energie: Drei Unternehmen teilen sich den Elektrizitätsmarkt: die CEZ-Gruppe (tschechisch), die E.on-Gruppe (deutsch) und die PRE-Holding, in der EnBW eine führende Rolle spielt. Die Gaswirtschaft wird von RWE beherrscht. Deren Aufkauf der staatlichen tschechischen Gaswirtschaft war mit 4,1 Mrd. Euro die bisher größte ausländische Direktinvestition in der CR.¹³

Banken: Von 37 in der CR tätigen Banken werden 29 vom ausländischen Imperialismus kommandiert: 14 mit ausländischen Mehrheitsanteilen, 15 sind überhaupt Zweigstellen ausländischer Banken. Aus der BRD hauptsächlich engagiert: Raiffeisenbank, Deutsche Bank und Commerzbank.¹⁴ Zwischen 70 und 80% der Bankgeschäfte in der CR werden von Auslandsbanken abgewickelt.¹⁵

Versicherungen: Noch ist eine tschechische Versicherung die größte (Ceska pojistovna). Ansonsten teilen sich den Versicherungsmarkt die Allianz (BRD), die ING (Niederlande) und die Wiener Städtische Allgemeine Versicherung.¹⁶ Zu beachten ist die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die österreichischen und

³ Pauli, Charles: Osteuropa – Vom Elend des Marktes. Köln 1993, S. 138

⁴ Quelle: OECD; Deutsche Bundesbank: Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2009

⁵ Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Wien 2007, S. 160

⁶ Spiegel online, 8.3.09

⁷ Spiegel online, 8.3.09

⁸ Wikipedia.org/wiki/Automobilindustrie

⁹ Berechnet aus den Tabellen der CzechInvest Infoblätter, 2009

¹⁰ Quelle: Deutsche Bundesbank: Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2009

¹¹ CzechInvest Infoblätter 2009

¹² CzechInvest Faktenblätter 11/09

¹³ Webseite der Tschechischen Botschaft in Berlin, CzechInvest Faktenblätter 11/09

¹⁴ CzechInvest Faktenblätter 11/09

¹⁵ Hofbauer, a.a.O., S. 264

¹⁶ CzechInvest Faktenblätter 11/09

niederländischen Versicherungen zu einem bestimmten Teil unter deutschem Kommando stehen.

Warenhandel: Der deutsche Imperialismus plündert das tschechische Volk im Warenhandel aus: Von den sieben größten Handelsunternehmen werden fünf aus der BRD gesteuert, nämlich Metro, Lidl/Kaufland, Tengelmann/Plus, Obi, ReWe/Globus/Billa. Unter den 10 größten Handelsunternehmen in der CR haben deutsche Konzerne einen Marktanteil von 64%. Damit läßt sich errechnen, daß deutsche Konzerne mehr als ein Drittel des gesamten Handels in der CR kontrollieren. Allein der Marktführer Rewe hat 337 Läden (Stand 2006) + 160 Penny-Märkte. Schlecker hat die tschechische Drogeriekette Droxi übernommen und betreibt in der CR 130 Drogeriemärkte und Apotheken. Gegenüber der BRD erzielt die Tschechische Republik einen Außenhandelsüberschuß. Dieser Überschuß aber dem Inner-Konzern-Handel geschuldet.

Presse: Der tschechische Zeitungsmarkt ist fest in deutscher Hand. Die „Neue Presse Verlags-GmbH“ Passau (Kapfinger-Presse) beherrscht 75% der Auflage der Regionalzeitungen und damit 27% des Zeitungsmarkts (Stand 2004). Weitere 32% hält die „Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft“ Düsseldorf (Rheinische Post). Ihr gehören die großen Zeitungen Mladá fronta Dnes und die Lidové noviny und damit die Nr. 1 und 3 des überregionalen Zeitungsmarkts. Allein diesen beiden deutschen Verlagen gehören somit 60% des Zeitungsmarkts. Allein die Zeitungen der Rheinische-Post-Gruppe erreichen eine Auflage von 1 Million und damit letztlich jeden vierten Bewohner des Landes, was in der BRD nicht einmal die BILD schafft. Dazu kommen Wochenzeitungen aus dem Bauer-Verlag und dem Burda-Verlag.¹⁷

Landwirtschaft: Anders als in Polen blieben in der CR die landwirtschaftlichen Großbetriebe weitgehend erhalten. Es gibt ein Verbot des Verkaufs an natürliche Personen. Das gilt aber nicht für juristische Personen, also GmbHs, AGs etc. Es ist also leicht, sich landwirtschaftlichen Boden anzueignen, zumal der Hektarpreis in der CR bei 1.300 Euro liegt, in Nordwesteuropa bei 11.000 Euro. Die Subventionspolitik der EU tut ein Übriges, die Landwirtschaft in Osteuropa zu schwächen: Die Zuschüsse sollen für Osteuropa erst ab 2013 gelten. Nur 3% der EU-Agrarsubventionen bekommen osteuropäische Bauern. Im Gefolge sank in der CR die landwirtschaftliche Produktion bis 2002 auf nur noch 66% des Standes von 1990.¹⁸

¹⁷ Jens Buchwald: Medien(system) in der Tschechischen Republik. Studienarbeit FU Berlin, Wintersemester 2003/2004. Jörg Kronauer: Osteuropa : Wo Deutschland arbeiten läßt. In: Stefan Frank (Hrg.): What's new, economy? Hamburg 2007, S. 44f. sowie: Wikipedia.org/wiki/Rheinische_Post

¹⁸ Hofbauer, Hannes, a.a.O., S. 272, 274, 280

Schlaglichter der Bedrohung der Tschechischen Republik durch den deutschen Imperialismus

Am 15. März 1999 erschien in den großen tschechischen Tageszeitungen ein ganzseitiges Inserat, unter der Kopfzeile „Die große Frühjars-Offensive“ um für VW zu werben. Auf den Tag genau 60 Jahre zuvor hatte die große Frühjahrs-offensive der deutschen Truppen begonnen mit der Errichtung des Protektorat Böhmen und Mähren am 15. März 1939. Die Graphische Gestaltung der Werbeeinschaltung, die eine alte Militärkarte im Zentrum aufwies, machte die Entschuldigung bei den Opferverbänden für manchen Zeitgenossen nicht gerade glaubwürdig.

Im Juni 2006 noch vor der Bildung einer neuen tschechischen Regierung üben führende deutsche Politiker Druck auf Prag aus. Sie verlangen, tschechoslowakische Widerstandskämpfer gegen die frühere NS-Okkupation nachträglich unter Strafe zu stellen. Eine entsprechende Forderung richtet der Ministerpräsident des Bundeslandes Bayern, Edmund Stoiber, an die konservativen Wahlsieger in Prag.

Der bayerische Ministerpräsident verlangt die Aufhebung des so genannten Straffreistellungsgesetzes vom 8. Mai 1946. Das Gesetz nimmt Widerstandshandlungen gegen die NS-Okkupation, die während der gesamten Besatzungsdauer, sowie während der anschließenden Zeit befürchteter NS-Aufstände begangen wurden, von Strafe aus. Eine Annullierung würde sämtliche Widerstandskämpfer, die im illegalen Untergrund gegen die damals geltenden Vorschriften verstießen, zu Verbrechern erklären, darunter auch diejenigen, die am 27. Mai 1942 den NS-Statthalter in Prag, Reinhard Heydrich, töteten. Der gleiche Stoiber trat 2006 als Hauptredner auf dem „Sudetendeutschen Tag“ auf, unter dem Motto "Vertreibung ist Völkermord" erklären sie die Umsiedlungen der Nachkriegszeit zum unverjährbaren und damit zu jedem zukünftigen Zeitpunkt straffähigen Verbrechen.

In seiner Rede, forderte Stoiber die künftige tschechische Regierung soll gemeinsam mit Vertretern des Bundeslandes Bayern und der Sudetendeutschen Landsmannschaft einen "runden Tisch" einrichten.

14.10.2009 - Der deutsche Europaparlamentarier Jo Leinen (SPD) verlangt, dass in der Tschechischen Republik ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Václav Klaus eingeleitet werden soll, wenn dieser den "Vertrag von Lissabon" nach einem positiven Entscheid des tschechischen Verfassungsgerichts nicht sofort ratifiziere. Das Gericht beriet zu dieser Zeit über eine Klage mehrerer tschechischer Parlamentsabgeordneter, die den Vertrag im Widerspruch zur Verfassung des Landes sehen. Berlin drängte hingegen auf eine schnelle Verabschiedung.

Michi (Regensburg)

Polen: Hunderte von Jahren Leben gegen deutsches Herrenmentum und Barbarei

In der polnischen Grenzstadt Zgorzelec kann man am Denkmal für die Opfer des Hitlerfaschismus und am Gräberfeld der 2. polnischen Armee auf einem Gedenkstein zwei Jahreszahlen lesen: Die erste Jahreszahl 1410 erinnert an den Sieg über den deutschen Kreuzritterorden bei Grunewald. Die zweite Jahreszahl 1945 erinnert an den Sieg über und die Befreiung vom deutschen Faschismus.

Nahezu einem Viertel der damaligen polnischen Bevölkerung brachte der deutsche Überfall und die Besetzung ab dem 1. September 1939 den Tod. Durch die Bombardierung beim Überfall, durch den Terror während der Besetzung, durch den Hunger, die Sklavenarbeit und die millionenfachen Morde in den KZ.

38 % des gesamten Nationaleinkommens waren nach dem Krieg vernichtet, in Warschau waren 44% aller Wohnungen zerstört, der Rest beschädigt. Und so sah es in allen polnischen Städten aus; 63% aller Brücken zertrümmert; von 30.000 Industriebetrieben fast 20.000 dem Erdboden gleichgemacht, die Dörfer abgebrannt und das Vieh von Deutschen Landsern aufgefrissen.

Und heute: 65 Jahre später sind die Deutschen wieder da. Als Herren. Auch weil seit 20 Jahren keine DDR mehr zwischen der BRD und Polen mehr liegt.

Bereits seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre versuchen die Herren der deutschen Bank und Co. die alten Finanziere Hitlers mit Hilfe von Krediten Fuß zu fassen. So dass die Zeitung „Welt am Sonntag“ in den 80er Jahren bereits dreist die Verpfändung der alten „deutschen Ostgebiete“ für die Kredite forderte.

Nein, dem Arbeiter Polens haben die Kredite nicht zu einem besseren Leben geholfen. Im Gegenteil:

1990 wurden aufgrund des Diktats der westlichen Kreditgeber, allen voran der USA und der BRD, und ihren Handlangern in Polen mit den Gesetzen zur Privatisierung auch in der Industrie endgültig wieder kapitalistische Eigentumsverhältnisse geschaffen. In der Landwirtschaft wurden die gerade erst gegründeten Staatsbetriebe und Produktionsgenossenschaften bereits ab 1956 wieder aufgelöst. Das Land wurde wieder zerstückelt und privatisiert, mit der Folge, dass Polen bereits lange vor 1989 die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln wie z.B. mit Getreide nicht mehr selbst sicherstellen konnte, sondern immer größere Mengen gegen Kredite importieren musste.

Die Privatisierung nach 1989/1990

Ein Großteil der Staatsbetriebe wurde in den 90er Jahre im Zuge der Privatisierung geschlossen bzw. stark verkleinert. Die Produktion in der Investitions-

güterindustrie, also der Industrie, die zur unabhängigen Entwicklung einer eigenen Industrie notwendig ist, wurde teils um mehr als die Hälfte verkleinert. Ebenso eingeschränkt wurde die Produktion von Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr wie Eisenbahnen und Bussen.

Ausgebaut wurde dagegen die Produktion für Konsumgüter und das private Transportgewerbe.

Einige ausgewählte Beispiele, die zeigen, wie viel Prozent der Produktion von 1980 im Jahr 2007 noch hergestellt wurden (Menge, nicht Wert):

Steinkohle: 45,8%; Koks: 52,5%; Ziegel: 40,8%; Rohstahl: 54,4%; Walzstahl: 58,9%; Aluminium: 39,1%; Traktoren: 12,9%; Fahrzeuge für öffentlichen Verkehr: 27,5%; Eisenbahn-Güterwaggons: 30,3%.

Demgegenüber: Fleischprodukte: 104,2%; Bier: 329,5%; Dünger: 126,7%; Waschmaschinen für Privathaushalte: 239,6%; Kühlschränke: 332,1%; Fernseher: 2248,9%; Lkw und Zugmaschinen: 164,8%. 2. Hauptlieferant für Maschinen zur Ausrüstung neuer Fabriken ist seitdem die BRD.

Die Folgen für die Arbeiter Polens

Millionen wurden entlassen und auf die Straße geworfen. Im Jahr 2000, als die erste große Privatisierungswelle abgeschlossen war, waren mit 4,5 Millionen Menschen fast 30 % der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos. 300.000 Menschen leben seitdem bis heute ständig auf der Straße.

Auch wer noch Arbeit hatte konnte sich in weiten Teilen nach 1990 kaum das Nötigste zum Leben leisten, weil zu Beginn der Privatisierung gleichzeitig erstmal die Löhne eingefroren, aber die Preise freigegeben wurden und unaufhörlich stiegen. Gleichzeitig wurden 1990 auch die Lebensmittelkarten abgeschafft. Diese hatten in den 80er Jahren noch eine Grundversorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln einigermaßen sichergestellt.

Wem gehört Polen heute?

Ganz sicher nicht dem polnischen Volk. Und auch nur mit Hilfe weniger Betriebe der Grundstoffindustrie konnte sich eine kleine Schicht auf Kosten des eigenen Volkes gegenüber den ausländischen Kapitalisten behaupten. So blieb z.B. die Kohle verstaatlicht, um sie im Inland zu überhöhten Preisen verkaufen zu können, im Ausland zu Dumpingpreisen, mit deren Devisenerlös die Auslandsschulden bedient werden sollen. Die polnischen Werktätigen zahlten nicht nur mit dem Verlust von knapp 300.000 Arbeitsplätzen im Bergbau, sondern mit überhöhten Preisen für die Kohle, die sie selber fördern, und mit entsprechend kalten

Wohnungen. Doch das reicht heute nicht mehr zur Bedienung der Schulden.

2010 nun sollen weitere 29 größere und rund 700 kleinere Staatsbetriebe für (erhoffte) 6,1 Milliarden Euro entstaatlicht werden, darunter der größte Stromkonzern PGE, der zweitgrößte Stromkonzern Tauron, der Hüttenkonzern ZGH Boleslaw, die Versicherung PZU, Ruch (der Rest des einstigen staatlichen zentralen Verlags- und Publikationsunternehmens), der Kohlekonzern Bogdanka, die Telekommunikationsfirma Polska. Die Schlacht um den Telekommunikationsmarkt hat erst richtig begonnen, u.a. mit einem heftigen und bisher noch nicht endgültig entschiedenen Kampf zwischen der Deutschen Telekom und der französischen Vivendi bei der Entstaatlichung der bislang staatlichen Telekommunikationsfirma Polska, nachdem sich die Telekom schon vor einigen Jahren die Führung beim Mobilfunk in Polen gesichert und dabei über Vivendi gesiegt hat. Freilich ist auch hier die Weltwirtschaftskrise zu spüren: die Anteile am Stromkonzern Enea konnte der polnische Staat vor kurzem nur mit großen Abschlägen platzieren.

Die Räuber raufen sich

Es gibt heute in Polen 9127 ausländische Unternehmen, davon 2715 Unternehmen des deutschen Imperialismus. Von den 1101 ausländischen Kapitalisten/Kapitalgruppen, die mehr als 1 Million Dollar in Polen investiert haben, sind 258 Firmen aus der BRD und der annectierten DDR. An vorderster Stelle: Metro, Bayerische Hypo- und Vereinsbank (nunmehr UniCredit), VW, Commerzbank, RWE, Deutsche Bank und Siemens. Der deutsche Imperialismus ist offenkundig in Polen ein besonders scharfer Ausbeuter: Von den Ausländischen Direktinvestitionen in Polen hält er einen Anteil von rund 16%. Von den Gewinnen aus diesen Investitionen aber einen Anteil von 22%.

Mit den ausländischen Direktinvestitionen ist aber die Ausplünderung Polens nicht erledigt. Dazu kommen die Schulden Polens bei den deutschen Banken. Dabei führt die BRD mit 39,4, vor Italien mit 29,9, vor Japan mit 16,6 und USA mit 10 Milliarden Euro. Von den Gesamtschulden polnischer Gläubiger bei ausländischen Banken halten die Banken des deutschen Imperialismus derzeit 19,1%. Zum Vergleich: 1989 hatte ganz Polen eine Auslandsverschuldung von rd. 28 Milliarden Euro. Diese Schulden waren damals eines der Sturmgeschütze, mit denen das Land für den offenen Einfall des Imperialismus sturmreif geschossen wurde. Heute haben polnische Schuldner allein bei den Banken des deutschen Imperialismus das Eineinhalbfache an Schulden.

Was gehört den deutschen Herren?

KFZ In der Autoindustrie ist der größte Ausbeuter nach wie vor Fiat (Fiat Polska) mit im Jahr 2009

605.800 produzierten Fahrzeugen. Daneben GM (125.600), Opel (94.600), VW (138.200), Ford (112.500). Dabei ist Polen nichts als eine ausgelagerte Fertigungsstätte – 97% der dort hergestellten Fahrzeuge werden exportiert.

Allerdings lässt VW pro Jahr 540.000 Motoren in Polen produzieren.

In Polen werden nach der BRD und Schweden die meisten Busse in Europa produziert. Die Produktion teilen sich 9 Unternehmen, von denen 5 in polnischem Besitz sind, aber nur 33% der Busse fertigen. Der größte Busproduzent ist MAN (27%) vor Volvo (22%). Der größte Anteilseigner von MAN wiederum ist VW.

Medien und Presse Die große Mehrheit der Presse in Polen ist unter der Kontrolle von Medienkonzernen des deutschen Imperialismus. 2003 gehörten 82% der Anteile am polnischen Pressemarkt deutschen Verlagen. Die vier größten Verlage sind: Bauer, die Verlagsgruppe Passau (Kapfingers-Presse), Axel Springer Polska und Agora. Nur letztere ist in polnischem Besitz. Bei den Zeitschriften hat Bauer (30 Zeitschriften mit sechs Millionen Auflage) einen Marktanteil von 53,2%, Springer von 7,7%. Bei den Tageszeitungen führt Springer Polska mit 20,4% vor Agora mit 18,3% und der Kapfingers-Presse mit 18%. Springers „Fakt“ führt bei den Tageszeitungen mit 466.000 verkauften Exemplaren. Wie in anderen osteuropäischen Ländern konzentriert sich Kapfinger auf die Lokalzeitungen, von denen der Verlag 9 besitzt mit 380.000 Gesamtauflage. Damit macht die Kapfingers-Presse in Polen in etwa genauso viel Umsatz wie in der BRD.

Bauer gehört über Broker FM auch einer der modernsten und größten privaten Rundfunksender Europas (Radio Muzyka Fakty) mit dem größten Höreranteil in Polen, doppelt so viel wie das erste Programm des öffentlich-rechtlichen Senders Polskie Radio an Hörern hat.

Bei diesen Besitzverhältnissen ist der Satz des Chefredakteurs von Newsweek Polska (herausgegeben von Springer Polska) nicht verwunderlich: „Unser Weg nach Europa führt über Deutschland.“

Einzelhandel Auch hier herrscht ein harter Konkurrenzkampf, den deutsche Konzerne nicht so offen dominieren wie im Einzelhandel der Tschechischen Republik. Bei den Ketten mit kleineren Geschäften (Polen hat eine der geringsten Supermarktdichten Europas) kämpfen Tesco (Großbritannien), Real (Metro – BRD) und die französischen Ketten Auchan und Géant. Bei den Supermärkten Biodronka (Portugal), Plus (BRD), Netto (Dänemark) und Lidl (BRD). Unter den 60 bedeutendsten ausländischen Einzelhandelsunternehmen in Polen sind 22 deutsche bzw. solche mit deutscher Beteiligung.

Transport/Bahn Eine wichtige Rolle bei der deutschen Expansion nach Polen spielt die Bahn. Schließlich ist Polen nun mal die Rollbahn nach Osten. Die Deutsche Bahn hat in Polen eine Tochter (DB Polska). Die DB machte sich zunächst im Güterverkehr breit, und zwar über die Bahntochter Railion, die 70% der Anteile an der in Polen operierenden East-West-Railways besitzt. Auch an der EurasiaRailLogistics (einer Kooperation mit den Bahnen Rußlands, Polens und Weißrußlands) ist die Railion mit 34,9% beteiligt. Im Januar 2009 übernahm die Deutsche Bahn Schenker, Polens größte Privatbahn und das zweitgrößte Gütertransportunternehmen Polens, die PCC Logistics (5800 Arbeiter, 350 Millionen Euro Umsatz/Jahr, 8% Marktanteil). Im Januar 2010 beantragte die Deutsche Bahn in Polen eine Lizenz auch für den Personentransport und will auf vier Fernstrecken (Warszawa-Gdynia, Warszawa-Katowice, Warszawa-Krakow und Warszawa-Poznan) mit eigenen Zügen fahren. Die Strecken Berlin-Warszawa und Hamburg-Berlin-Krakow betreibt die Deutsche Bahn schon in Kooperation mit der polnischen Staatsbahn, PKP. Im Norden Polens transportiert die DB-Tochter Schenker bereits zusammen mit der britischen Arriva Fahrgäste. Für die Übernahme der britischen Arriva hat die Bahn mittlerweile ein Angebot von einer Milliarde Euro abgegeben.

Energie Bekannt ist, dass E.ON und RWE stark engagiert sind. Bekannt ist weiter, dass es scharfe Widersprüche zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus auf dem polnischen Energiemarkt gibt: Polen wendet sich nach wie vor scharf gegen das Nord Stream Projekt einer Gasleitung vom russischen Wyborg ins deutsche Greifswald unter Umgehung Polens. „Gestern waren es Panzer, heute sind es Öl und Gas.“ – so der Chef des polnischen Geheimdiensts in der New York Times. Und der stellvertretende Direktor des „Eurasia Energy Center“ bezeichnete das Projekt Nord Stream als „Ribbentrop-Molotow-Pipeline“, weil dadurch Rußland in Stand gesetzt werde, seine Gaslieferungen an Osteuropa zu kappen, „ohne die Energielieferungen an Deutschland verringern zu müssen“. Deshalb will die polnische Regierung in Frankreich zwei Atomreaktoren in Auftrag geben mit einer Investitionssumme von 3 Milliarden Euro.

Zur Lage der Arbeiter in Polen in Zeiten der Weltwirtschaftskrise

Die Erwerbslosenrate betrug beim EU-Beitritt Polens rund 30% und ist seitdem offiziell massiv zurückgegangen – lt. Auswärtigem Amt der BRD auf 9,5%. Solche Zahlen sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Sie berücksichtigen z.B. nicht, dass immer mehr Polen das Land als Saisonarbeiter verlassen.

Nach einer vom polnischen Wirtschaftsministerium veröffentlichten Studie arbeiten immerhin 1,14 Millionen und damit 4,6% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Ausland. Nach Angaben der Gewerkschaft „Sierpien 80“ aus dem Jahr 2007 müssen 12% der polnischen Bevölkerung mit weniger als 100 Euro pro Monat auskommen. Mitte der 90er Jahre waren es 8%. 80% der Erwerbslosen bekommen keinerlei Unterstützung. Die Erwerbslosenunterstützung gibt 200 Euro für ein halbes Jahr. Nach Eurostat sind es 2007 sogar 17,1% der Bevölkerung gewesen, die unter der Armutsgrenze lebten.

Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise hat sich die Lage des Volks in Polen weiter dramatisch verschlechtert: In Polen beträgt das Existenzminimum 2120 Zloty = 450 Euro. Von diesem Minimum leben derzeit 23 Millionen Polen. Weitere 2,5 Millionen haben nicht mehr als 920 Zloty (219 Euro) für eine durchschnittlich dreiköpfige Familie. 2,3 Millionen Menschen arbeiten, bekommen aber nicht mehr als 640 Zloty (136 Euro). 650.000 Rentner erhalten eine Rente von weniger als 556 Zloty (118 Euro) und 240.000 bekommen eine Sozialrente unter 475 Zloty (113,10 Euro). In der Krise wird die Einkommenschwelle für Sozialhilfebezug eingefroren bei 351 Zloty (83,60 Euro).

Über 28 Millionen Menschen, also fast $\frac{3}{4}$ der polnischen Bevölkerung lebt heute in Polen am bzw. sogar unterm Existenzminimum.

Es ist also nicht „Konsumrausch“, wie die imperialistische Presse immer wieder unterstellt, sondern die blanke Not, wenn in Polen die im (Vorkrisen-)Jahr (2007) um 40% gestiegen ist. (In Osteuropa insgesamt waren es zwischen 2002 und 2007 jedes Jahr (!!!) +44%.48)

Der deutsche Stiefel kehrt zurück

Nicht nur wirtschaftlich sind die deutschen Herren wieder da. Mit Millionen Staatsgeldern unterstützen deutsche Regierungen offen Revanchistenverbände wie z.B. die Schlesische Landsmannschaft, die die Grenze zu Polen offen in Frage stellen. Seit 1990 haben 100.000 polnische Staatsbürger einen deutschen Pass erhalten, ohne irgendeine Abkommen mit einer polnischen Regierung. Das deutsche Militär rekrutiert in Polen Nachwuchs, der dann bei der Bundeswehr, also in einer fremden Armee, Dienst tut.

Unter dem Deckmantel einer europäischen Einigung oder der kulturellen Förderung des Deutschtums werden grenzüberschreitende Kooperationen gefördert und damit zunehmend dem Einfluss deutscher staatlicher bzw. halbstaatlicher Stellen unterworfen. Sei es in Projekten grenzüberschreitender Kooperationen von Kommunen im Rahmen der Euroregionen, wie z.B. zwischen Görlitz und Zgorzelec. Oder bei der Koope-

ration zwischen der deutschen Streikbrecherorganisation THW und der staatlichen polnischen Feuerwehr. Seit dem Dezember 2009 leitet das THW jetzt die staatliche polnische Feuerwehr offiziell und auf höchster Ebene bei Übungen zur Bewältigung von Katastrophen natürlichen und menschlichen Ursprungs - sprich Streiks - an.

Seit Sommer 1999 steht auch die Bundeswehr wieder dauerhaft in Polen. In einer ehemaligen SS-Kaserne in Szczecin. Damals offiziell als Teil eines trinationalen Korps aus Dänen, Polen und Deutschen stationiert, ist die Bundeswehr nach Auflösung des Korps einfach geblieben.

Deutsche Polizisten gehen mittlerweile immer öfter und immer wieder im Rahmen verschiedener Projekte an der polnischen Ostgrenze auf Streife. Seit 2005 hat zudem die Grenzschutzagentur Frontex, die von der deutschen Bundespolizei dominiert wird, ihren Sitz in Warschau.

Schritt für Schritt wird also alles von deutscher Seite unternommen, die staatliche Souveränität Polens zu untergraben.

Und das polnische Volk?

Verständlicherweise wird hierzulande kaum über Widerstand der polnischen Arbeiter berichtet. Auch die in deutscher Hand befindliche Presse in Polen schweigt weitestgehend. Nur wenn deutsche Revanchistenverbände zu offen oder dreist wieder die territoriale Einheit Polens in Frage stellen, kommt es auf die Titelseiten der Zeitungen in Polen.

Trotz dessen, dass kaum darüber berichtet wird, gibt es den Widerstand in Polen. Wie z.B. den Streik der Bergarbeiter in den 90er Jahren gegen die Schlie-

ßung eines Teils der Kohlegruben oder den Hungerstreik der Arbeiterinnen in einer Wäschefabrik in Opotow im Januar diesen Jahres.

Ja, dieser Widerstand ist noch schwach und zersplittert. Doch er existiert. Trotz Zerschlagung und Verbots von Einheitsgewerkschaften. Trotz Verbots aller sozialistischen oder kommunistischen Zeichen, die von den neuen Herren der Fabriken diktiert wurden.

Und gerade der Widerstand gegen deutsches Herrrentum hat eine Geschichte, die länger als der erneute Versuch der deutschen Herren ist, Polen zu zerschlagen und das polnische Volk auf seinem neuen Ostlandtritt seiner vollständigen Ausbeutung zu unterwerfen.

Wie gesagt, in Zgorzelec kann das jeder, der das will, am Denkmal für die Opfer des Hitlerfaschismus und am Gräberfeld der 2. polnischen Armee auf einem Gedenkstein in zwei Jahreszahlen lesen: 1410 und 1945.

Wuide (Köln)

Verwendetes Material:

- Referat „Fakten zu Polen“, März 2010, Stefan Eggerdinger
- Neues Deutschland „Während Polens „Elite“ tanzt...“ 23./24. Januar 2010
- www.german-foreign-policy.com
- Handelsblatt März, April 2010
- Flugblatt Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD „Polen ist noch nicht verloren- wieder-“, August 2000
- KAZ August 1981, „Noch ist Polen nicht verloren...“

Der internationale Kampf der Arbeiterjugend gegen Krieg

Wir sind an diesem Wochenende zu dem Schluss gekommen: Dieses Land führt Krieg und trifft Maßnahmen, die wir verurteilen, weil sie in den Krieg führen. Nicht gesprochen haben wir bisher davon, was unsere Konsequenz daraus ist, wie unsere Tat aussieht und was diese Tat beinhalten muss.

Keine Jugend der Welt, kein Kind der Welt, hat etwas vom Krieg. Die Interessen widersprechen dieser Kriegshetze aufs schärfste. Wir wissen, dass die Kriege, die vorbereitet werden, Leid und Tod bedeuten. Wir wissen, dass gerade der deutsche Imperialismus, so haben wir gestern diskutiert, durch die Annexion der DDR auch das Leben für Jugendliche kaputthaute, das Land ausblutete. Wir haben gehört, wie der deutsche Imperialismus in Tschechien und Polen "ganz friedlich" damit weitermacht. In unserem Interesse? Nein. Die Klasse, die die DDR annektierte, die "Tro-

ja" aus diesem Fleckchen Erde machte, die wütet in den benachbarten Ländern - mit dieser haben wir nichts gemein.

Oder, um mit Karl Liebknecht zu sprechen: "Der klassenbewusste Proletarier weiß, dass das Vaterland, für das er sich schlagen soll, nicht sein Vaterland ist, dass es für das Proletariat jeden Landes nur einen wirklichen Feind gibt: Die Kapitalistenklasse, die das Proletariat unterdrückt und ausbeutet; dass das Proletariat jedes Landes durch sein eigenes Interesse eng verknüpft ist mit dem Proletariat jeden Landes [...] er weiß, dass das Proletariat, sofern es in einem Kriege verwendet werden sollte, zum Kampf gegen seine eigenen Brüder und Klassengenossen geführt würde und damit zum Kampf gegen seine eigenen Interessen. Das klassenbewusste Proletariat steht daher jener internationalen Aufgabe der Armee wie der gesamten

kapitalistischen Ausbeutungspolitik nicht nur kühl bis ans Her hinan, sondern in ernster und zielbewusster Feindschaft."

Das sprach Karl Liebknecht auf der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen, die im August 1907 in Stuttgart stattfand. Karl Liebknecht hielt dort sein Referat über "Militarismus und Antimilitarismus". Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der klargestellt wurde: [...] "Die Konferenz lenkt die besondere Aufmerksamkeit auf die Gefährlichkeit des Militarismus im inneren Klassenkampf und stellt die Pflicht der internationalen Jugendbewegung fest, in dem durch die Kongressresolution beschriebenen Sinne den Militarismus zu bekämpfen."

Ebenso wie sich jugendliche Arbeiter aus dem Elsass 1907 sagten: "In Erwägung dass der Militarismus eine jeder Menschlichkeit hohnsprechende Einrichtung des Klassenstaates ist, dazu bestimmt, die Herrschaft der Bourgeoisie aufrecht zu erhalten, erklärt die Konferenz, dass es dringend notwendig ist, die Erziehung und Organisation der Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit aller Kraft zu betreiben."

Wir kennen die Geschichte, wir wissen um den deutschen Imperialismus und wie er zum ersten Weltkrieg hintrieb. Es war die Jugend, die nicht müde wurde, gegen diesen Kriegskurs zu kämpfen. Karl Liebknecht sprach es aus, als er sagte: "Vor den dunklen Hintergründen unserer heutigen Gesellschaftsordnung hebt sich die Jugendbewegung leuchtend ab. Sie mögen gegen diese Jugendbewegung alle Hunde hetzen, alle Polizeihunde und alle sonstigen Hunde, sie werden mit ihr nicht fertig werden."

Und so war es: Im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus führte die Arbeiterjugend 1915 in Bern die internationale Konferenz der sozialistischen Jugend durch. Gewidmet wurde diese Konferenz der Frage der Stellung zum Krieg, aus zehn Ländern kamen Arbeiterjugendliche, um zu beschließen, alljährlich gemeinsam einen Internationalen Jugendtag abzuhalten - als Kampftag gegen Imperialismus und Militarismus sowie eine gemeinsame Zeitung - die Jugendinternationale - herauszugeben. Denn eines war ihnen klar: Die proletarische Jugendbewegung ist eines der besten Mittel im sozialistischen Kampf gegen den Militarismus.

Lenin schrieb über die Zeitung "Jugendinternationale": "Die Jugend-Internationale enthält eine Reihe guter Artikel zur Verteidigung des revolutionären Internationalismus, und die ganze Zeitschrift ist durchdrungen von dem vortrefflichen Geist glühenden Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die "Vaterlandsverteidiger" im gegenwärtigen Krieg, von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbe-

wegung von dem sie zerfressenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen."

Am 12. Juli 1914, also kurz vor dem ersten Weltkrieg, fand im französischen Condé sur l'Escaut eine Friedenskundgebung statt: Ein Zeitungsartikel aus "Der Volksfreund, 18. Juli 1914:

Nun kam der deutsche Redner. Liebknecht machte den Zuhörern verständlich, wie lächerlich die Grenzen sind. Was bedeuten Grenzen? Was sind Grenzen? Was bezwecken Grenzen? Vorgestern in Berlin, gestern über Rheinland und Westfalen in Belgien, in Lüttich und Charleroi, heute im großen industriellen Viertel bei Valenciennes; überall und überall arme Arbeiter, die mühsam um ihr tägliches Brot kämpfen gegenüber einer Handvoll reicher Ausbeuter, die über Millionen und Millionen verfügen. Wir Arbeiter haben keine Grenzen nötig; diese dienen nur gewissen Schichten jedes Landes, denen alle Mittel gut genug sind, die Völker zu verhetzen. Wenn wir dem Chauvinismus erfolgreich entgegentreten wollen, dann gibt's vor allen Dingen das eine Mittel: die Arbeiterorganisation. Es muß dahin gearbeitet werden, daß die Arbeiter aller Länder ihren Willen dank ihrer Einigkeit durchsetzen und durch ihre Macht, die sie in der Tat besitzen, alles niederwerfen, was sich der Emanzipation der Arbeiterklasse und dem Vormarsch zur Gründung der Vereinigten Staaten Europas widersetzt. Liebknechts Aufruf zur Sammlung aller Kräfte der Internationale gegen den Militarismus, zur Sicherung des Friedens fand stürmischen Beifall. Eine junge Arbeiterin trug dann La Marseillaise de la Paix von Lamartine vor. Eine Resolution, worin die zu vielen Tausenden versammelten Arbeiter dem Genossen Liebknecht für sein Erscheinen dankten, sich verpflichteten, alles, was in ihren Kräften steht, gegen den Krieg zu tun, wurde einstimmig und begeistert mit den Rufen: "Nieder mit dem Krieg!" "Es lebe der Friede!" [...] "Es lebe die Internationale!" angenommen, und unter Absingen sozialistischer Lieder zogen alle - die roten Fahnen weit aufgerollt - ins ruhige Städtchen und nach ihren Orten zurück, ohne daß die schöne Versammlung irgendwie gestört wurde.

(Volksfreund, Karlsruhe, Nr. 164, 18. Juli 1914)

An Ostern 1916 tagte eine illegale Jugendkonferenz in Jena, ihre Resolution hatte nichts zu tun mit Vaterlandsverteidigung und sozialdemokratischem Verrat: "Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen. [...] Die Konferenz verwirft die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und die Lüge der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle anderen. [...] Sie entfaltet sich während des Krieges im antimilitaristischen Kampf, im internationalen Klassenkampf gegen den Krieg, den die Jugend des Proletariats als ein Teil der proletarischen Gesamtbewegung zu führen hat."

Und so konnte die Freie Sozialistische Jugend im Februar 1919 auch feststellen:

"Die proletarische Jugendbewegung hat seit ihrem Bestehen mit allen Kräften gegen den Krieg und den Militarismus gekämpft. ... Die proletarische Jugend bekennt sich erneut freudig zur internationalen Verbrüderung aller Arbeiter, zum Kampf gegen das internationale Kapital."

Beim 5. Kongress der Kommunistischen Jugend im Dezember 1920 in Berlin verabschiedete diese ihre Manifest: "Über alle Grenzen hinweg wenden sich die zu ihrem 5. Reichskongress versammelten Vertreter [...] an die arbeitende Jugend der ganzen Welt, um aufs neue das heilige Gelöbnis zur Jugendinternationale [...] abzulegen. [...] Unsere Blicken wenden sich überall dahin, wo irgendwo in der Welt junge Proletarier den Kampf um ihre Rechte führen, und wir fühlen uns ihnen aufs engste verbunden. Wir glauben an ihre Kraft und den Willen zur internationalen Solidarität und wollen stets Seite an Seite mit ihnen kämpfen, um überall die aufflackernden Flammen zu einem leuchtenden Feuermeer anzufachen."

Von 11. - 18. März 1923 wurde eine internationale Propagandawoche des Kampfes gegen den Krieg durchgeführt. Im Aufruf heißt es: "Die kapitalistischen Staaten arbeiten unablässig an der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs! Die Arbeiterjugend war immer und wird immer sein das erste Opfer des Kriegs. Sie dient als Kanonenfutter, sie muss die schrecklichen Leiden und Entbehrungen auf sich nehmen. Sie muss daher als erste den entschlossenen Kampf gegen einen neuen Krieg aufnehmen."

Wie der gemeinsam Kampf der deutschen und französischen Arbeiterjugend aussah, sieht man als Beispiel bei der Ruhrbesetzung durch französische Truppen 1923. Die Reparationszahlungen, die im Versailler Vertrag nach dem ersten Weltkrieg festgelegt waren, mussten vor allem aus der Industrie im Ruhrgebiet geleistet werden. Als es im Zeichen der kapitalistischen Krise Schwierigkeiten mit der Lieferung gab, besetzten französische Truppen die Städte der Ruhr. Ein Bericht:

"Tiefe Nacht liegt über Düsseldorf. Im Heerlager der zum Vormarsch bereitliegenden Armee ist Ruhe eingekehrt. Kasernen, Schulen, alle Säle sind belegt. Im großen Saal des Zoo scharren die Pferde. Die Aufregung der Stadt wird erst am Morgen wiederum erwachen. Lebhaft geht es in einer kleinen Stube der Altstadt zu. Von hier aus huschen Gruppen junger Genossen in die Nacht heraus. Stehenbleiben - Schmiere stehen - ankleben, und weiter geht es bis zum Morgengrauen. Befriedigt trennen sich die Genossen.

Am Morgen des 11. Januar. Erregung in der Stadt, im Heerlager der Armee, bei der Behörde. Lebhaft diskutierend stehen Zivilisten und Soldaten vor den

Plakaten, die in großen Buchstaben die Überschrift "Soldats" tragen.

Es ist eine Kundgebung des Kommunistischen Jugendverbands Frankreichs, die sich an die im Waffenrock steckenden jungen französischen Arbeiter und Bauern wendet. Kurze und scharfe Sätze weisen darauf hin, dass der Einmarsch sich in der Hauptsache nicht gegen die Kohlenbarone und Industrieherrn richtet, sondern dass die eigentlichen Opfer die Arbeiter des Ruhrgebiets und die jungen Arbeiter in Frankreich sein werden. Es ist ein Ruf, eine Mahnung in letzter Stunde an die jungen Soldaten, sich nicht für die Interessen der französischen Geldsäcke gegen die deutsche Arbeiterschaft missbrauchen zu lassen.

Einer der Arbeiter richtet sich auf und ruft über die angesammelte Menge hinweg: "Ganz recht so - die deutschen Arbeiter müssen sowohl gegen den französischen wie auch gegen die deutsche Unternehmerbande kämpfen. Denn bezahlen müssen wir den "Spaß" doch wieder - ebenso wie 14 - 18." Andere Arbeiter pflichten ihm bei. Auch die französischen Soldaten sprechen lebhaft aufeinander ein. Kopfnicken und mehrfaches Oui verraten, dass [...] sie die Worte der jungen Kommunisten verstanden haben."

Und in Deutschland?

"Chauvinistisch aufgepeitschte Jugendliche ziehen demonstrierend durch die Straßen. [...] Faschistische Knüppelmusik kreischt durch die Straßen ihr: "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen." [...] Am anderen Tag eine große Bürgerversammlung in Essener Saalbau. Die SPD hat mit dazu aufgerufen. Alles ist nervös, man kennt heute wieder keine Parteien mehr! Die SPD ist wieder im Bunde mit den Todfeinden der Arbeiterklasse! Einige Jugendliche, die im Saale opponieren und beim Deutschlandlied sitzen bleiben, werden an die Luft befördert. Der Nationalismus feiert Orgien. Man protestiert gegen den Einmarsch der "Schangels" (Franzosen). [...] Eine kurze Besprechung unter den Jugendfunktionären. [...] "Heute Nacht 11 Uhr ist alles bei Hannes ..." Keiner weiß, was es gibt. Gegen 11 Uhr hat sich eine Schar von etwa 25 Genossen bei Hannes eingefunden. Es wird nun im Flüster-ton gesprochen. Unter dem Tisch liegen große Pakete. Es sind Flugblätter und Plakate in deutscher und französischer Sprache. Ein französischer Jugendgenosse war wenige Stunden vorher aus Paris gekommen und hatte das Material mitgebracht. Es waren Aufrufe an die französischen Soldaten. Die Anrede lautete: "Camarades! Soldats de l'armee francaise!" Das war eine andere Begrüßung als die des nationalistischen Mobs. Man sagte in großen Lettern, [...] dass die Arbeiter an der Ruhr ihre Freunde seien und die Kapitalisten hüben und drüben ihre Feinde. - Wir verteilten die Zettel und Plakate unter uns und bilden mehrere Gruppen. In der Stadt ist noch viel Betrieb. Die Franzosen sind schon im Anmarsch. Wir gehen von Straße zu Straße bis ins Innere der Stadt. Ein Augenblick - und am Rathaus hängen zwei Plakate, auch die Marktkirche ist verziert. Keiner wagt es abzureißen, denn niemand

weiß, ob er nicht dafür etwas aufs Dach bekommt. Im Stillen fluchen die lesenden Spießbürger."

200 Jungkommunisten waren Ende des Jahres 1923 verhaftet worden. Ende des Jahres fand der Prozess statt. Aktive Antimilitaristen aus vielen Ländern kamen zusammen: Deutsche Genossen, 100 Jungkommunisten aus dem französischen Jugendverband, Marokkaner, Italiener, Araber, Russen, Jugoslawen und Bulgaren. Es war eine Art internationaler Kongress, wo die Erfahrungen der einzelnen Genossen, Gruppen und Länder bei der Antikriegsarbeit gegen den Militarismus ausgetauscht wurden.

Fortlaufend fanden Aktionen und Taten wie diese statt. Jährlich wurden Jugendtage auch international durchgeführt.

Ernst Thälmann schrieb zu einem der Jugendtage in der Weimarer Republik:

"Die proletarische Jugend hat nicht nur in Resolutionen ihren Willen zum Kampf betont. Sie hat immer wieder durch die Tat bewiesen, dass sie in der Atmosphäre des Kriegs- und Blutrausches ihren Mann steht."

Zum 3. Reichsjugendtag in Chemnitz an Ostern 1928 sammelten sich viele Jugendliche, um deutlich zu machen; "Krieg dem imperialistischen Kriege! Das ist die erste Losung unseres Chemnitzer Reichsjugendtages!"

Der Kampf gegen Faschismus und Krieg war zu führen, die faschistische Gefahr wuchs. Die Jugend trieb den Kampf um die antifaschistische Einheit voran.

"Jungarbeiter! Genossinnen! Genossen! Seid alarmbereit! Der Faschismus geht zum Generalangriff über. [...] Da heißt es: Alle auf dem Posten! Von 31. Juli bis 1. August sind wir in Alarmbereitschaft!"

1932 gab es eine gemeinsame Proklamation Revolutionärer aus Frankreich und Deutschland, der dazu aufrief, den gemeinsamen Kampf über "Grenzpfähle hinweg" zu organisieren. Ernst Thälmann sprach in Paris: "Wir Kommunisten sagen euch französischen und werktätigen Volksmassen: Euer Leidensgefährte in Deutschland, der dortige Arbeiter und Bauer, ist nicht euer Feind, sondern euer natürlicher Bundesgenosse. Ebenso sagen wir den deutschen Werktätigen, dass der französische Arbeiter und Werktätige niemals ihr Feind, sondern ihr Klassengenosse und Kamerad ist. Nichts, nichts verbindet uns, die Vertreter der Arbeiterklasse Deutschlands mit der deutschen Bourgeoisie, mit den deutschen Kapitalisten. [...] Die deutschen Kapitalisten sind unsere Todfeinde! Alles verbindet uns, die Vertreter der Arbeiterklasse Deutschlands mit euch, den Arbeitern, Werktätigen, den ausgebeuteten Massen des französischen Volks."

Und Dimitroff ermutigte die Jugend auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Jugendinternationale:

"Mit einem Wort, Genossen, geht mutig [...] den Weg des Zusammenschlusses aller Kräfte der antifaschistischen Jugend. [...] Wartet nicht auf eine Einigung zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien und den anderen Organisationen der Arbeiterklasse. Seid kühn und selbstständig und zeigt viel Initiative!"

Darum ging es. Vereinigung der antifaschistischen Jugend in ihrem Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Emigriert nach Paris gab die antifaschistische Jugend die Zeitung "Freie Jugend" heraus.

Im Kampf gegen den Franco-Faschismus rief die Kommunistische Jugend Internationale dazu auf, "sofort gemeinsame Aktionen zum Schutze und zur Unterstützung des spanischen Proletariats, der Bauernschaft und auch der Jugend in ihrem revolutionären Kampf zu beginnen."

In der Zeitung "Hinterland", eine illegale Zeitschrift in Paris, wurde im Dezember 1936 ein Brief spanischer Jugendorganisationen an die deutsche Jugend veröffentlicht:

"In dem Augenblick, wo alle Schichten der spanischen Jugend, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat lieben, sich fest zusammengeschlossen haben, um den Angriff der ausländischen Reaktion zurückzuschlagen [...], schicken wir der heldenhaft und selbstlos kämpfenden antifaschistischen Jugend Deutschlands unseren brüderlichen Gruß, jener Jugend, die angesichts des Faschismus eine gemeinsame Sache verteidigt. Die deutsche Jugend, die darum kämpft, das Joch des Hitlerfaschismus abzuschütteln, findet in der spanischen Jugend, die einmütig für die Verteidigung ihrer Sache eintritt, ihren besten Helfer."

Gemeinsam antworteten die SAJ, der KJVD und der SJV:

"Übermittle der heldenmütig kämpfenden spanischen Jugend unsere revolutionären Grüße. Sie kann sich unserer Hilfe und Unterstützung gewiss sein."

In Paris wurde weiter regelmäßig die „Freie Jugend“ herausgegeben, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Jugendorganisationen.

Und in der CSR wurde die Freie Deutsche Jugend gegründet. In den Grüßen des KJVD an diese heißt es: "Den Krieg verhindern, die Freiheit erobern, das ist heute die große historische Aufgabe, für die die antifaschistische deutsche Jugend zusammengeschweißt kämpfen muss. [...] Kameraden! Ihr lebt in einem Land, auf das Hitler am stärksten seine kriegsprovokatorischen Angriffe richtet. Wie in Spanien und China wird auch in der CSR die Stunde der höchsten Gefahr zur Stunde der höchsten einheitlichen Kampfschlossenheit, um die nationale Unabhängigkeit zu

verteidigen. Sollte es Hitler wagen, die Tschechoslowakei zu überfallen, dann steht vor Euch dieselbe Aufgabe wie vor den Tausenden Freiheitskämpfern, die das republikanische Spanien mit der Waffe in der Hand verteidigen. Und das kann auch gar nicht anders sein, denn unser Platz als Antifaschisten ist immer dort, wo die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker durch die Kettenhunde der Weltreaktion bedroht ist. Kameraden! Ihr seid als erste Organisation im Ausland mutig und konsequent den Weg der völligen Vereinigung gegangen. Wir wünschen von ganzem Herzen, dass nach eurem Beispiel die Vereinigung in den anderen Orten und im zentralen Maßstabe erfolgen wird. Denn das wird die antifaschistischen Kräfte der Jugend Deutschlands vervielfachen in ihrem Kampf zur Vernichtung der faschistischen Räuber, für Freiheit und Frieden der deutschen Jugend."

Das waren Beispiele aus unserer Geschichte. Was können wir daraus lernen? Wir sehen die Kriegsvorbereitungen dieses Landes und wissen, der deutsche Imperialismus fährt den Kriegskurs. Wir sehen die stetige Militarisierung. Der Militarismus ist einer der größten Bestandteile der kapitalistischen Gesellschaft. Gerade während des Imperialismus wächst er an und an und versucht durch ein breites Netz, immer mehr Bevölkerungsteile zu militarisieren.

Wir müssen entlarven, was dieser deutsche Imperialismus macht. Wie er Krieg führt und wie vorwärts treibt. Wie sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten zuspitzen und was es jetzt schon heißt, unter dem Joch des deutschen Imperialismus zu sein.

Es ist an uns, den Kampf dagegen aufzunehmen und zu vergrößern, davor zu warnen, wie weit es der deutsche Imperialismus schon wieder getrieben hat. Deutlich zu machen: Wir haben kein Vaterland, sondern unser Kampf ist ein Teil des internationalen Kampfs, unser Kampf ist der Kampf der Jugend, nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, gerade in denen, die den deutschen Imperialismus tagtäglich zu spüren bekommen.

Wir müssen insbesondere aufklären darüber, dass der Militarismus eine besondere, eine heftige Spielart des Imperialismus darstellt. Dass er bekämpft werden muss, als ein Teil der Kriegsvorbereitung, als ein Teil des Imperialismus. Wir müssen seine Rolle aufzeigen, und das geht nur, wenn wir auch immer wieder aufzeigen: Dieses System ist nicht das unsere, euer Krieg ist nicht der unsere.

Dieser Krieg der Herrschenden widerspricht zutiefst unserem Interesse. Warum widerspricht er dem Interesse? Weil unsere Interessen gegensätzlich zu den Herrschenden sind, die den Krieg wollen müssen. Warum? Weil ihr Ordnung drauf aufgebaut ist, auszubeuten und auf Kosten anderer zu leben. Wir wollen eine Welt der Zukunft. Nicht der Zerstörung. Wir wollen eine ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Soweit was wir wollen. Was müssen wir dafür tun? Aufklären und kämpfen gegen die akute Kriegstreiberei. Aufklären und verstehen, was die Ursachen für diese Kriegstreiberei sind. Aufklären und kämpfen gegen diese Ursachen. Verstehen, dass die Gefahr des Krieges im System liegt. Dass der Kampf gegen den Krieg, der Kampf gegen den Kapitalismus ist, dass der Kampf gegen den Krieg Klassenkampf ist. Klassenkampf gegen diesen besonderen Feind des Friedens, gegen den deutschen Imperialismus. Der seine Finger streckt und wütet. Mit wem kämpfen wir da? Mit Sicherheit mit der Jugend der Welt. Denn: Geht es uns da anders als der Jugend der Welt? Nein. Ihr geht es genauso. Und in manchen Ländern greift der Imperialismus auch schon heftig zu. Ist es da nicht ein wunderbarer Schritt, den Jugendlichen anderer Länder die Hand zu reichen, im Kampf gegen unseren Hauptfeind, weil sie den gleichen Kampf gegen den ihrigen Hauptfeind führen, weil sie zudem auch noch direkt bedroht sind von dem Hauptfeind, der in unserem Land steht und schon wieder die Völker bedroht. Ist es da nicht an der Zeit, die gemeinsame Front zu bilden?

Anna (Köln)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns an euch, nachdem wir mit einiger Verwunderung, Unverständnis und Verärgerung Kenntnis von einem Flugblatt erhalten haben, das uns geeignet erscheint, den Ruf der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ernstlich zu schädigen und unseres Erachtens zudem in Widerspruch zu Satzung und Beschlusslage von Ver.di steht.

Wir beziehen uns auf das Flugblatt „Ver.di steht zu euch und zur Bundeswehr!“, das seit Spätsommer 2009 durch die Bundesfachgruppe Bundeswehr verbreitet wird (siehe Anhang).

Als bundesweiter Zusammenschluss von Jugendlichen aus verschiedenen Jugendorganisationen kämpfen wir für die Rechte der (Arbeiter-)Jugend, worunter wir auch das Recht auf ein Leben in Demokratie und Frieden verstehen (siehe Anhang). Im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik haben sich auch Gewerkschaftsmitglieder zusammengefunden, die es als eine der gewerkschaftlichen Grundaufgaben erachten, gegen Krieg und Demokratieabbau einzutreten. Unter uns sind viele Ver.di-Mitglieder und in unseren Aktivitäten waren die örtlichen Ver.di-Jugend-Gremien schon häufig aktive und verlässliche Bündnispartner, insbesondere in gemeinsamen Aktionen gegen Krieg und die Militarisierung der Gesellschaft. Hier konnten wir erleben, dass die Ver.di-Jugend sich ihrer Traditionen als Teil der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bewusst ist und § 5, Satz 3 i) der Ver.di-Satzung („Zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere: [...] Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“) ernst nimmt.

Nicht nur, weil wir zum Teil selbst Mitglied von Ver.di sind, können wir kein Verständnis für die im angesprochenen Flugblatt geäußerten Standpunkte und für die Duldung dieses Flugblattes aufbringen. Nicht nur, dass hier im Namen von „ganz Ver.di“ gesprochen wird und explizit die antimilitaristischen Aktionen von Ver.di-Jugendlichen diskreditiert werden. Weiter wird konstatiert, Ver.di würde sich „zur Funktion und Aufgaben unserer (sic!) Bundeswehr“ bekennen, welche mittlerweile selbst in den Verlautbarungen der Bundesregierung folgendermaßen beschrieben werden: Weltweiter Kriegseinsatz zur Sicherung von Rohstoffen und freiem Zugang zu Absatzmärkten im Interesse des deutschen Kapitals und zur Sicherung deutscher Vormachtstellung in der Welt. Eine solche Aufgabenstellung verdient weder „Respekt“ noch „Anerkennung“! Die Forderung nach einer „leistungsstarken Bundeswehr“, wie im Flugblatt geäußert, ist kein Beitrag zum Friedenserhalt! Die Bundeswehr führt Krieg und in der Regel ist es die Jugend, die im Krieg zu allererst und am härtesten getroffen wird. Die Haltungen der Bundesfachgruppe Bundeswehr lassen sich auch nicht durch Mitgliederschwund rechtfertigen.

Aus den genannten Gründen solidarisieren wir uns mit den mutigen Ver.di-Mitgliedern, die dies aussprechen und fordern die Verantwortlichen ebenso auf, die Verbreitung des Flugblattes zu unterbinden, wie wir „ganz Ver.di“ auffordern, im Interesse des Friedens und der Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gegen militaristische Haltungen innerhalb der Gewerkschaft anzutreten.

Mit solidarischen Grüßen,

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

(www.jugendkongress-ndr.de)

Anhang:

- Erklärung des Jugendkongresses – Notstand der Republik
- Flugblatt der Bundesfachgruppe Bundeswehr

Stellungnahme
des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
zur internationalen Antikriegsaktion
Klassenkampf statt Weltkrieg
des Aktionsbüros „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

Schon wieder wollen sie uns gegen andere Völker und Länder in den Krieg hetzen.
Es reicht Ihnen nicht mehr nur im eigenen Land Pogrome zuzulassen und gegen Minderheiten zu hetzen.
Sagten sie vor 11 Jahren im Krieg gegen Jugoslawien noch es geschehe der Menschenrechte wegen, wenn wir ein ganzes Land in die Steinzeit zurückbomben.
Sagten sie vor 8 Jahren im Krieg gegen Afghanistan noch, es müsse so sein, der Terroristen wegen.
So zwingt sie diese gesamtgesellschaftliche Krise dazu es offen auszusprechen:

Wir brauchen den Krieg, denn wir müssen unsere Märkte und den Zugriff auf Rohstoffe sichern.
Wir brauchen den Krieg, um unsere Profite gegen die Konkurrenz in aller Welt zu verteidigen und zu vergrößern.
Wir brauchen den Krieg, gegen das Aufbegehren der Völker gegen unser System der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung.
Unser System ist so kaputt, dass uns, wie bereits zweimal im letzten Jahrhundert nur noch ein Weltkrieg retten kann.

Wer sind sie, die da immer offener sprechen?
Sie, das sind hierzulande die Herren von Siemens, Deutsche Bank und Thyssen und die anderen Monopole, ihre Helfer und Erfüllungsgehilfen in der Politik.
Sie, das sind unsere Feinde, nicht das jugoslawische, das afghanische, das polnische, tschechische oder griechische Volk.

Bertolt Brecht beschrieb das 1939 im dänischen Exil in der Kriegsfibel so:

„Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht,
dass ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.
Die Stimme, die sie kommandiert,
ist die Stimme ihres Feindes.
Der da vom Feind spricht ist selber der Feind.“

Bei unserem Jugendkongress am 12./13. Mai 2007 in Berlin waren wir uns schon einig:
„Wir werden weder gegen unser Volk noch gegen andere Völker in den Krieg marschieren.“
Wir wissen das der Staatsumbau Kriegsvorbereitung gegen andere Völker ist.
Doch nur zu wissen was droht, hilft kein Stück weiter.

Deswegen unterstützen wir die Aktion "Klassenkampf statt Weltkrieg".
Deswegen soll jeder die Merkel sehen, wie sie auf einer Rakete versucht nach oben zu klettern, um an die Spitze zu kommen und es doch niemals schafft.
Deswegen sollen die Menschen sehen, wie die Kapitalisten an der Rakete die Lunte anstecken, so wie sie Feuer an die Lunte des Weltkrieges legen.
Deswegen soll jeder die Generäle und Kommissköpfe des Militärs und ihre Handlanger auf dem Wagen der Reaktion stehen sehen.
Deswegen soll jeder unsere Antwort gegen Militarisierung und Krieg und für Völkerfreundschaft auf dem Wagen der Jugend und der Arbeiter sehen.

Mögen auch noch Wenige die Gefahr eines neuen Weltkrieges sehen.
Umso notwendiger ist es mit der Warnung damit auf die Straße zu gehen und den Menschen in den anderen Ländern die Hand für Frieden zu reichen.

Erklärung

der Teilnehmer am III. Treffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik **Bundeswehr in Schulen ist Kriegsvorbereitung**

„In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für die gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben.“ (Reichskanzler Bismarck, 01.05.1889)

Die staatliche Schule ist bis heute eine Einrichtung, mittels derer die Herrschenden bei den Kindern - den Arbeitern und Werktätigen von Morgen - die Grundlage für **ihre** Auffassung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen versuchen. Die Gottesfurcht wird heute weniger gepflegt, dafür kommt die Liebe zum Vaterland in neuem olivgrünen Gewand in die Schulen. Denn in den letzten Jahren haben die Herrschenden eine gewaltige Militarisierung unserer Schulen und anderer Bildungseinrichtungen organisiert. Die Bundeswehr schickt extra dafür ausgebildete Soldaten in den Unterricht um dort für den Krieg und den Dienst an der Waffe zu werben. Sie baut ihr Kriegsgerät auf unseren Schulhöfen auf und Berichte über Schulausflüge und Klassenfahrten in die Kaserne häufen sich. Sie bildet Referendare – die Lehrer von morgen – aus und stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. In vier Bundesländern ist diese Zusammenarbeit mit dem Militär bereits mit Kooperationsverträgen durch die Kultusministerien festgeschrieben.

Warum? Nachwuchsprobleme? Schließlich ist die Bundeswehr eine Wehrpflichtigenarmee. Gibt es wohl zu viele Kriegsdienstverweigerer? Nein, weder das noch der sogenannte Geburtenknick, noch weniger die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft sind die Ursache für diese großangelegte Kampagne der Herrschenden um die Jugend. Es geht hier um etwas anderes als nur Nachwuchsgewinnung, es geht um die Gewinnung der Jugend für den Krieg. Es geht hier nicht um die Besetzung der ein oder anderen freigewordenen Stelle, sondern um Kriegsvorbereitung!

Nach dem 1. Weltkrieg konnten die Herrschenden noch auf zahlreiche offen oder halboffen militaristische Verbände zurückgreifen, die Gymnasien - ein sicherer Hort des Militärs, Zinnsoldaten in jedem Kinderzimmer. Heute 65 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, ist die Jugend dem Krieg entwöhnt, er findet höchstens in der Zeitung und weit weg statt. Aber das wird nicht so bleiben. Ihr System hat abgewirtschaftet, die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist nur ein Ausdruck davon, sie ist die Phase des freien Falls in einer langen Phase des Absturzes. Sie ist die dritte und schwerste Weltwirtschaftskrise in der hundertjährigen Phase des Imperialismus. Schon zwei Mal in der Geschichte haben die Herrschenden Weltwirtschaftskrisen mit Weltkriegen gelöst, hat die Krise in der Industrie, das dadurch veränderte ökonomische Kräfteverhältnis der Staaten, den Krieg erfordert um die Welt wieder neu aufzuteilen. Aber diese 100 Jahre des Absturzes eines überholten Gesellschaftssystems sind auch gezeichnet durch Revolutionen, bis dahin dass ein Drittel der Erde rot war. Die herrschende Klasse kämpft also nicht nur gegen den Zerfall ihres Systems, sondern auch mit der Gefahr, dass die Völker der Welt sich dieses nicht länger bieten lassen.

Gerade Heute, da sich die Industrie wieder im freien Fall befindet und die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass die Herrschenden ihre letzte Rettung in der Zerstörung sehen, das heißt im Krieg, vielleicht sogar Weltkrieg, ist ihr Problem, dass sie für ihren Krieg die Jugend brauchen. Sie brauchen uns um ihr marodes System noch mal in Kanonendonner und Völkermord vor dem Untergang zu retten. Deswegen senden sie ihre Soldaten aus, in den Schulen für den Krieg zu werben. Wir sagen: Dieses System, das nur Krieg und Zerstörung zur Lösung seiner Krisen kennt, dieses System, das Aufschwung nur in Form von Wiederaufbau kennt, hat keine Zukunft für uns, ist am Ende und gehört abgeschafft.

Das erfordert unseren gemeinsamen Kampf. Gegen Krieg und Militarismus! Für Frieden und internationale Solidarität! Deswegen unterstützen wir die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ des Aktionsbüros „Das Begräbnis oder Die Himmlischen Vier“. Deswegen führen wir in den Schulklassen den Kampf gegen die Kriegspropaganda. Deswegen führen wir Klassenkampf gegen den Kriegskurs der Herrschenden und ihr ganzes System!

Regensburg, 21.03.2010

Wir marschieren nicht gegen andere Völker!

Am 8. Mai, vor 65 Jahren war es aus, aus mit diesem Hitlerdeutschland und seinem Gemorde und Gemetzel auf der Welt. Am Boden lag der deutsche Imperialismus, der schon zum zweiten Mal, diese Welt in Schutt und Asche legte. Besiegt wurde dieses Deutschland, besiegt von den Befreier, von der Sowjetarmee, von den Alliierten und den Völkern der Welt. Befreit wurden die Unterdrückten, die überlebt hatten, befreit aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern, den Gefängnissen und den Verstecken. Befreit wurden diejenigen, die dieses Deutschland bekämpft hatten, die für den Kampf gegen den Krieg und die Vernichtung ihr Leben riskiert hatten.

Die Möglichkeit eines besseren Deutschlands, eines friedlichen, ohne Krieg und Ausbeutung war gegeben. Das Potsdamer Abkommen bot die Möglichkeit, die Kriegsgewinnler zu entmachten, die Nazis aus Amt und Würde zu vertreiben. Das eine Deutschland, die spätere DDR, nutzte diese Chance. In der BRD dagegen wurde von Anfang an daran gearbeitet, Großmachtphantasien wieder zu verwirklichen: Die alten und neuen Kriegsgewinnler, die Thyssens und Krupps, sie blieben an der Macht. Die alten und neuen Nazis, sie wurden nicht gebrandmarkt, sondern in Ruhe gelassen. Erneut wurde eine imperialistische Armee aufgebaut. Diejenigen, die gegen diese Remilitarisierung kämpften, wurden in Gefängnisse gesteckt. Meter für Meter schob sich der deutsche Imperialismus wieder nach vorne, auch geographisch über die Grenze der DDR bis an Oder und Neiße.

Und jetzt? 2010 – 65 Jahre nach der Befreiung – was sind die Fakten?

Seit 1990 hat Stück für Stück, aber in rasantem Tempo, dieses Land - größer geworden um die einverleibte DDR - den Kriegskurs gefahren – nach innen und nach außen. Immer öfter, immer offener wurde und wird die Bundeswehr im Ausland eingesetzt und führt dort Krieg. In aller Welt darf die Bundeswehr inzwischen wie selbstverständlich stationiert sein. Keinen Ort mehr gibt es, der tabu wäre.

Im Weißbuch des Kriegsministeriums aus dem Jahr 2006 wird das auch ganz deutlich gesagt: Von Bevölkerungswachstum bis zum Durchsetzen des ungehinderten Rohstoffzugangs für Deutschland – alles stellt einen Kriegsgrund dar. Ganz selbstverständlich ...

→ Weiter geht's auf Seite 2 ←

Wer ist der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik?

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedenen Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und gemeinsam, ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, ob West oder Ost gegen den Notstand der Republik zu kämpfen! Dafür richteten wir den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, der Demonstrationen organisiert, große Aktivistentreffen veranstaltet und Aktionen durchführt.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Seit 1990 wurde es Häppchen für Häppchen in die Köpfe gebracht: Dieses Land darf wieder wer sein in der Welt. Dieses Land kann endlich wieder ganz oben mitmischen.

Verstärkt wird diese Politik, welche ausgerichtet ist, um die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu korrigieren, durch die aktuelle Krise. Denn diese ist von solchem Ausmaß, dass sie bereits Weltwirtschaftskrise genannt wird. Und so konnten bis jetzt nur zwei große Krisen bezeichnet werden. Auf beide folgten Weltkriege, ausgehend von Deutschland.

Denn der Profit stockt, egal ob im Produzierenden Gewerbe oder im Handel von Waren und Geld. Tausende Fabriken schließen, Banken gehen pleite, Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit. Diejenigen, die noch welche haben werden ausgebeutet wie noch nie. Der Konsum geht zurück, kaum einer kann sich noch etwas leisten, Millionen Menschen nicht einmal die Nahrung.

Warum? Hat es einen solchen Sturm gegeben, dass kein Essen, keine Maschine oder Geldinstitut mehr da wären? Hat sich die Erde aufgetan und all das geschluckt? Nein! Gesehen nicht an den Bedürfnissen sondern daran, was die zahlungsfähiger Nachfrage angeht, gibt es von all dem nämlich zu viel: da zu viel Getreide da ist, sinkt der Preis. Doch anstatt dieses Getreide nun den Hungernden dieser Welt zu überlassen, wird dieses Getreide verbrannt. Verbrannt z.B. als Biodiesel in den Motoren der Autos. Während alle paar Sekunden ein Mensch verhungert.

Jedoch machen die Kapitalisten dadurch auch weniger Gewinn. Schließlich ist immer noch „zu viel“ von all dem da. Dadurch wächst der Konkurrenzdruck auf jeden einzelnen Konzern. Also muss man wieder noch mehr Profit machen. Für diese Abwärtsspirale, für dieses System, den Kapitalismus, der sich selbst in seinem Wachstum hemmt, gibt es zwei Auswege:

Der Eine heißt nichts anderes, als dass wir die Sache selbst in die Hand nehmen, um ein Leben nach dem eigenen Geschmack, ohne Ausbeutung und Krieg zu führen.

Der andere Ausweg ist der des Kapitals, er bedeutet, dass man möglichst billig an Rohstoffe herankommen muss, die Konkurrenten aus dem Feld schlagen muss, die eine Großmacht der Anderen die Einflusssphären und Absatzmärkte streitig machen muss, was wiederum Raub und Mord mit sich führt, im großen Stil dann Weltkrieg genannt.

Die Grundlagen und Notwendigkeiten dafür legt dieser todkranke Kapitalismus. Die Vorbereitungen dafür sind und werden in diesem Land längst getroffen. Es baut den Staatsapparat in solcher Weise um und aus, dass es die Möglichkeit bekommt, in großem Stil andere Länder zu überfallen und zu plündern. Und gleichzeitig für Ruhe an der „Heimatfront“ zu sorgen:

Entgegen der grundlegenden Beschlüsse der Alliierten, die dieses Land vom Faschismus befreien, gibt es eine Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei in diversen Ämtern, etwa im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum in Berlin, Treptow. Das wurde 1945 verboten. Nicht willkürlich. Nein. Sondern um sicherzugehen, dass dieses Land niemals wieder die Möglichkeit bekommt, die Welt mit Terror zu überziehen, sowie es dies, gesteuert durch das Reichssicherheitshauptamt, tun konnte. Deshalb verbot man eine erneute

Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei. Und dennoch haben wir jetzt genau diese Zusammenarbeit, eben in diesem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum.

Binnen kürzester Zeit wurde unter dem Titel zivil-militärische Zusammenarbeit ein flächendeckendes Netz der Bundeswehr aufgebaut. Bis auf die unterste Kreisebene, bis in die letzte kreisfreie Stadt, in den letzten Landkreis, gibt es Verbindungskommandos der Bundeswehr, offiziell den Regierungen als Berater zur Seite gestellt. Damit ist die Bundeswehr nun im Inland immer präsent, hat so immer und überall Einfluss und ist vor allem immer einsatzbereit.

Zusätzlich werden Freicorpstruppen erneut aus dem Boden gestampft, die bereits einen großen Teil der Niederschlagung der Novemberrevolution 1918/1919 übernahmen. • Das Technische Hilfswerk (THW) – offiziell ein ziviler Katastrophenschutz – wird zu seiner alten Aufgabe, dem Streikbruch zurückgeführt und schließt Verträge mit der Bundespolizei und der Bundeswehr. • Die Bundeswehr führt jetzt sogar offiziell Krieg und wird gesetzeswidrig im Inland eingesetzt, wie z.B. beim Papstbesuch, der Fußballweltmeisterschaft, beim G8-Gipfel in Heiligendamm und beim NATO-Gipfel in Kehl.

Gerade wir, die Jugend, werden sehr leise und scheinbar unbemerkt, auf einen Krieg eingestimmt: Die Bundeswehr wirbt in den Schulen, Betrieben und Universitäten, in Arbeitsämtern und auf Messen für den Krieg. Jugendoffiziere kommen durch Kooperationsverträge zwischen Bildungsministerium und Bundeswehr als äußerst wertgeschätzt in die Schule. In Arbeitsagenturen hat die Bundeswehr dauerhafte Büros eingerichtet, um arbeitslose Jugendliche zu rekrutieren. Sie wirbt dabei mit kostenlosem Studium und vergisst dabei zu sagen, dass man sich dafür 12 Jahre verpflichten muss, mit der Bereitschaft, in den Krieg zu ziehen.



Es ist an der Zeit, ob wir es wollen oder nicht, dass wir uns die Frage stellen, welchen Weg wir wählen. Die Frage, die sich vor über 71 Jahren schon mal Jugendliche stellen mussten, als sie erkennen mussten, dass zwar von Frieden gesprochen wird, aber die Taten eine andere Sprache sprachen. Sie mussten sich entscheiden, ob sie gegen Ihresgleichen - ihre Klassengenossen verrätend - für Kapital und „Vaterland“ in den Krieg ziehen. Oder ob sie als Vaterlandsverräter gemeinsam, Seite an Seite mit den Unterdrückten aller Länder für den Frieden kämpfen.

Kontakte vor Ort:

Bremen: marlene.stanschus@arcor.de, 017664355284;

Köln: Koeln-gegen-notstand@web.de, 017623233235;

Frankfurt/Main: sandy-ruhland@hotmail.de;

Sachsen: marina@FDJ.de, 01746923274;

Regensburg: haas_jan@gmx.de;

Nürnberg: himmliche-vier-nbg@freenet.de

Berlin: berlin-gegen-notstand@web.de, 01771908357

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER



Die internationale Antikriegsaktion
in ihrem sechsten Jahr:

Klassenkampf statt Weltkrieg

**Aktionszug durch drei Länder
vom 2. Mai bis zum 9. Mai 2010
zum 65. Jahrestag
der Befreiung vom Hitlerfaschismus**

Das Projekt

Den Anfang des Zugs soll die Nachbildung einer deutschen Rakete bilden. Auf ihr macht die Kanzlerin der BRD eine tragikomische Figur. Sie fühlt sich auf dem Projektil sichtlich nicht wohl, versucht in Richtung seiner Spitze zu entkommen und rutscht immer wieder zurück auf das schon Feuer speiende Heck. Im Rauch der Rakete hat ein wachsames Auge ein Rindvieh, vulgo der Stier, durch den das Kapital seine guten Geschäfte an der Börse ausdrückt.

Ihm folgt ein Wagen, der die Aufrüstung des innerstaatlichen Gewaltapparats der BRD vertritt. In seiner Geschützluke steht General Steinhoff, einer jener Nazigeneräle, die seit den 50er Jahren die neue deutsche Wehrmacht gegen den Widerstand großer Teile des Volkes aufbauten und gibt sein Bonmot zum Besten: „*Es ist angenehmer, den Rauch einer Rakete zu schlucken, als von ihr getroffen zu werden.*“

Dann einer mit Gestalten, die sich noch nicht entscheiden wollen, für wen und gegen wen sie sind.

Ihre Ambivalenz und ihr Schwanken wird demonstriert an der Figur des Oskar Matzerath aus Grass' Roman „Die Blechtrommel“. Ein Wagen mit Arbeitern und der



letzte mit der Jugend werden sich in Deutsch, Tschechisch und Polnisch gegen eine Vaterlandsverteidigung in Deutschland aussprechen („Wir haben kein Vaterland zu verteidigen!“) und für die Souveränität der Tschechischen Republik und Polens („Nie wieder München!“, „Noch ist Polen nicht verloren!“).

INFORMIEREN SIE SICH.
KOMMEN SIE!

Veranstaltung

FRANKFURT am MAIN

**Donnerstag,
15. April 2010
18 Uhr**

Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Raum 4,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-72

- Warum fährt er in die ehemalige DDR, in die Tschechische Republik und nach Polen?
- Wie kann man mitmachen, wie kann man ihn unterstützen?
- Foto-/Video-Schau über den Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf“ der vom 12. September bis zum 1. Oktober 2009 stattfand, über die fünf Militär-LKWs im Einsatz, die Akteure, das Publikum (Dauer 15 min.)

Jugendaktionsausschuss Jugend gegen den Notstand der Republik
info@jugendkongress-ndr.de

V.i.S.d.P. Sandy Ruhland (E.i.S.)

Die Commerzbank- die Bundeswehr und der Weltkrieg

Klassenkampf statt Weltkrieg!

Die Commerzbank ist eine Bank und hat Bankfilialen. Das glauben Sie. Das ist aber nicht einmal die halbe Wahrheit. Denn die Commerzbank hat noch ganz andere Filialen. Die erste Panzerdivision der Bundeswehr zum Beispiel. Das wissen Sie nicht? Sollten Sie aber, denn der Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus-Peter Müller hat noch mehr vor: Er will aus jeder Bank und jedem Industriebetrieb einen Kasernenhof machen. Das sei nun aber völlig überzogen, sagen Sie. Dann lesen Sie mal weiter, Sie erfahren noch wesentlich mehr. **Und das ist lebenswichtig!**

Commerzbank- Filiale Bundeswehr?

Im Sommer 2007 verdunkelte sich der wirtschaftliche Horizont und ließ die beginnende Weltwirtschaftskrise erkennen. Klaus-Peter Müller, damals noch Vorstandssprecher der Commerzbank, rief die 1. Panzerdivision der Bundeswehr in das niedersächsische Städtchen Celle. Die Generale der Panzerdivision traten an. Die Bundeswehr berichtete im Internet:

„Auf Einladung von Klaus-Peter Müller, Sprecher des Vorstands der Commerzbank und Generalmajor Wolf Langheld, Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover, diskutierten unter Schirmherrschaft von Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff am 11. Mai rund 80 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr beim „1. Celler Dialog 07“ Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen.“

Der Chef der Commerzbank forderte von den Generalen die Umsetzung des Weißbuchs der Bundeswehr. Darin steht u.a., dass die Bundeswehr zur Sicherung der weltweiten Rohstoffe und ihrer Transportwege eingesetzt werden muß. Für diese Ziele haben deutsche Banken und die Großindustrie schon zwei Weltkriege geführt! Weiter wird im Weißbuch gefordert, die Bundeswehr auch im Inland einzu-

setzen. Beides ist verfassungswidrig. Wie reagierten die ranghohen Offiziere? „Wir werden dem verstärkt nachkommen müssen“, versprach Generalleutnant Budde. Übrigens: Die 1. Panzerdivision war es, die 2008 beim G8-Gipfel gegen Demokraten und Gewerkschafter verfassungswidrig im Inland eingesetzt wurde.



Seither treffen sich alljährlich die hohen Bank- und Konzernvertreter, Generale und Admirale in Celle. Kanzlerin Merkel adelt die illegale Verzahnung von Wirtschaft und Militär, indem sie regelmäßig ihren Kriegsminister als Vertreter der gesamten Bundeswehr dorthin beordert. Natürlich gehört die Bundeswehr nicht der Commerzbank alleine. Da melden sich noch

Wem gehört der deutsche Staat?

Im September 2009 protestierten Kriegsgegner vor der Commerzbank in Frankfurt gegen die Kriegspolitik dieser Bank.

Sie haben auch das Grundgesetz auf ihrer Seite.

Denn schließlich sind Angriffskriege und Inlandseinsätze der Bundeswehr wie in Heiligendamm verboten.

Schnell stellte sich heraus, dass nicht nur die Bundeswehr die

Commerzbank-Kapitalisten beschützt.

Umgehend war die Polizei zur Stelle. Sie verhaftete nicht etwa den

Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank, der grundgesetzwidrig handelt.

Nein, sie verhaftete Kriegsgegner. Und Frankfurter Gerichte machen ihnen gar noch den Prozess!

Auch das zeigt: Der Staat – ein Instrument des großen Kapitals.

die Deutsche Bank, Siemens, VW, Daimler RWE und ein paar Dutzend anderer Banken und Großkonzerne, die z.T. auch in Celle vertreten sind.

Herr Müller und der Kasernenhof

Der Chef der Commerzbank setzt sich nicht nur ein Mal im Jahr mit der Bundeswehr an einen Tisch. Das reicht ihm nicht. Aus Angst vor Unruhen und Protesten gegen den deutschen Kriegskurs soll die Bundeswehr ihre gedienten Soldaten, Reservisten genannt, in allen Betrieben und Banken postieren. Auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Berlin fordert Müller:

„Warum kultivieren wir in Deutschland den Reservisten als unbekanntes Wesen? ... In Deutschland wisse kaum ein Arbeitgeber, ob ein Angestellter den Reservistenstatus habe, so Müller. Seine Forderung: Möglichkeiten schaffen, die Daten für Arbeitgeber transparenter zu machen und einen stärkeren Austausch zwischen Bundeswehr und Wirtschaft herzustellen.“

(Homepage des Reservistenverbandes der Bundeswehr).

Als weitere Forderung wurde auf der Veranstaltung der IHK genannt: **„Aktionstag: Einmal im Jahr mit Uniformtrageerlaubnis am Arbeitsplatz“.**

Die Kapitalisten organisieren die Reservisten im Betrieb und bringen sie nötigenfalls gegen den Rest der Belegschaften, gegen die Gewerkschafter und Kriegsgegner in Stellung. Damit auch jeder weiß, wie Ernst es den Banken und Konzernen ist, sollen die Bundeswehr-Reservisten auch in Militär-Uniformen durch den Betrieb marschieren! Betriebe und Banken werden zum Kasernenhof! Nicht neu in der Geschichte der deutschen Kriegstreiber.

Ein Reserve-Major der Commerzbank gegen Streikende?

Doch damit nicht genug. Commerzbank-Aufsichtsratschef Klaus-Peter Müller enthüllte in einem Vortrag vor der Führungsakademie der Bundeswehr im Februar 2008:

„Und im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Stadt Frankfurt koordiniert.“

Titel des Vortrags: **„Sicherheit und Finanzmärkte“.**

Hintergrund: Nicht nur in Frankfurt, sondern in sämtlichen Landkreisen und kreisfreien Städten der Bundesrepublik hat die Bundeswehr einen sogenannten „Heimatschutz“ mit tausenden Reservisten aufgebaut, die illegal im Inland auch gegen Streikende eingesetzt werden können, wie die Bundesregierung kürzlich bestätigte

(Bundestags-Drucksache 16/13970, S. 11).



Eroberungen absichern

Die Herren der Commerzbank wissen, wie maximale Profite gemacht werden. Im Krieg zum Beispiel. *„Während des Zwierten Weltkriegs eröffnete die Commerzbank, sofern staatliche Genehmigungen erteilt wurden, in den von Deutschland besetzten Gebieten zunächst Filialen“*

muß die Commerzbank in ihrer offiziellen Geschichtsschreibung zugeben. Dann wurden die Banken in den okkupierten Ländern geraubt. In den Niederlanden, im Baltikum, in Polen, Kroatien, Jugoslawien.

„In den Jahren 1943/44 übernahm die Commerzbank das (nichtjüdische) Bankhaus Hasek&Co. In Prag,

um es in eine Vertretung umzuwandeln“

heißt es dort weiter. Zuvor hat die Commerzbank jüdische Banken arisiert und prächtig profitiert.

Nachdem die Völker Europas und die Rote Armee die deutschen Eroberer 1945 geschlagen hatten war der Traum von der Weltherrschaft erst einmal vorbei. Aber schon 1990 beginnt die Okkupation von Neuem. Zuerst wurden die Banken der DDR erobert.

„Nach der Öffnung des Ostens hat die Commerzbank ihre Präsenz in Mittel- und Osteuropa konsequent ausgebaut. Ergänzend zu ihren operativen Stützpunkten in Moskau, Budapest, Prag, Brünn, Hradec Kralove, ... sowie in Bratislava und Kosice verfügt sie über zahlreiche Repräsentanzen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Vor allem in Polen ist die Commerzbank über ihre BRE Bank, eine Universalbank, prominent vertreten“

schreibt die Bank weiter. Was sie nicht schreibt: Die Eroberungen im Osten stürzten die Völker in ungeheure Not. Betriebe wurden liquidiert und Millionen Arbeiter entlassen. 20% der Polen leben heute von 100 Euro monatlich!

Die deutschen Banken haben ihre Sozialversicherungen liquidiert. Gesundheit und eine anständige Rente können sich Millionen Menschen in Osteuropa nicht mehr leisten. Nicht mal die Heizung können sie im Winter noch anstellen.

Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein

Wir haben die deutschen Banken und Kapitalisten im Osten wüten lassen. Mehr noch. Für die Eroberungen der Kapitalisten haben die Arbeiter und Angestellten im Westen auf Lohn verzichtet. Nach dem Lohnverzicht kamen die Entlassungen – die Arbeitskräfte sind im Osten billiger. Nachdem wir die Liquidierung der Sozialversicherungen im Osten anstandslos zuließen sind wir selbst dran. Statt einer Gesundheitsversorgung gibt's unbezahlbare Kopfpauschalen.

Demnächst heißt es: Weil Du arm bist mußt Du früher sterben.

Der Rentner in der ehemaligen DDR hat unter dem goldenen Westen noch eine Durchschnittsrente von 550 bis 600 Euro zu erwarten. Wir habens's im Osten zugelassen und nun werden die Renten in der BRD gekürzt, die Überschüsse wandern in die Kriegskasse, in die Aufrüstung gegen andere Völker. Anstatt gegen die deutschen Okkupanten und Ostlandritter den Kampf aufzunehmen, anstatt mit den Arbeitern in Polen, der Tschechischen Republik und anderen Ländern gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern, machen die deutschen Monopolkapitalisten uns jetzt hier ein. Wir haben geschwiegen zur Armut im Osten. Die Kapitalisten schweigen nicht. 132 Euro monatlich Hartz IV müssen nun im Westen genügen, fordert Professor Thießen.

Professor Dr. Friedrich Thießen wurde von der Commerzbank auf den Studiengang „Investment Banking“ der Universität Dresden platziert, den die Commerzbank AG mit der Reuters AG gründete. (Homepage TU Dresden).

Aus all diesen Gründen unterstützen wir die Aktionseinheit

„Klassenkampf statt Weltkrieg“

die vom 2. bis 9. Mai diesen Jahres von Berlin nach Prag, Polen und zurück nach Berlin fährt, um die Völker im Osten vor dem deutschen Krieg zu warnen und den Boden für den gemeinsamen Kampf herstellen will.

(siehe die Ankündigung unten).

Und es gibt weitere Gründe, im Westen und im Osten die Wachsamkeit gegen die Kriegskonzerne zu schärfen und den Zusammenschluß ihrer Gegner zu fördern.

Eine Eroberung zieht die nächste nach sich – wo endet das wieder?

Die Eroberungen Osteuropas ließen die Kassen der deutschen Konzerne klingen. Milliarden saugten VW, Siemens, Metro, Daimler, Deutsche Bank, Commerzbank und andere aus den Völkern Osteuropas. Allein im Jahr 2008 betrug der offiziell ausgewiesene Gewinn der Commerzbank aus dem Osteuropageschäft 300 Millionen Euro.

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise aber fallen ihre gewohnten Profite in Osteuropa. Erneut blicken die gierigen Monopole weiter nach Osten, nach Rußland und seinen unermeßlichen Rohstoffen ... Das führte schon zwei Mal zu Weltkriegen, die die Völker mit ungeheuren Zerstörungen und Millionen Toten bezahlten. Wir wollen nicht die dritte Generation sein, die für deutsche Kapitalinteressen in den Krieg zieht.

Wir sagen laut und deutlich: NEIN!

Sagt NEIN! Wehrt euch!

Für ihren Kriegskurs verschlingt die Bundeswehr nicht nur Milliarden, die Sie bezahlen. Das deutsche Militär greift auch nach Ihren Kindern und Ihren Enkelkindern. Tagtäglich ist die Bundeswehr an Schulen und Berufsschulen und wirbt für den deutschen Krieg. Über 400.000 Schüler mussten den Jugendoffizieren im letzten Jahr zuhören, anstatt Physik und Mathematik zu lernen. In den Arbeitsämtern macht sich die Bundeswehr sogar mit eigenen Büros breit, um Ihre Kinder für die Auslandseinsätze des deutschen Kapitals zu ködern.

Sagen auch Sie endlich: NEIN!



Klassenkampf statt Weltkrieg Internationale Antikriegsaktion vom 2. bis 9. Mai 2010

Unter der Losung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ starten fünf Militär-LKWs am 2. Mai in Berlin vor dem Reichstag. Durch die schon wieder heimgeholte Deutsche Demokratische Republik geht es über Leipzig und Dresden in die Tschechische Republik nach Prag auf den Wenzelsplatz – in das Land, das das letzte Opfer der deutschen Aggression bei der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs war. Über Zittau geht es nach Polen, das mit der Gleiwitz-Lüge das erste Opfer der deutschen Aggression bei der Durchführung des zweiten Weltkriegs wurde. Mehrmals wechselt der Zug über die deutsch-polnische Grenze, bis er hinter Kostrzyn der Strecke der Schlacht um die Seelower Höhen folgt. Noch einmal und den Sieg vor Augen starben hier 1945 unzählige Arbeiter und Bauern der Roten Armee, um das deutsche Volk und die Völker der Welt vom Hitlerfaschismus zu befreien.

**Auch oder gerade Köln ist ein Hort der
Kriegsvorbereitung.
Dies gehört entlarvt!**

Hier werden Kriege vorbereitet.
Und hier stehen deshalb auch wir, um dies
offenzulegen und deutlich zu machen:

**Wir werden nicht gegen andere Völker in den
Krieg ziehen!
Klassenkampf statt Weltkrieg!**

Kommt daher:

Am 23. April um 10 Uhr

Ort:

THW Ortsverband Köln Ost
Ostmerheimerstraße 202
51109 Köln

Am 23. April um 12:00 Uhr

Ort:

Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 8
50667 Köln

Am 23. April um 14:00 Uhr

Ort:

Militärischer Abschirmdienst
Konrad Adenauer Kaserne
Brühlerstraße 300
50968 Köln

Am 23. April um 15:30 Uhr

Ort:

Bundesverwaltungsamt
Barbarastraße 1
50735 Köln

Abschlusskundgebung

Am 23. April um 17 Uhr

Ort:

**Ehrenfeld
Venloerstraße Ecke Wahlenstraße**

**Auch oder gerade Köln ist ein Hort der
Kriegsvorbereitung.
Dies gehört entlarvt!**

Hier werden Kriege vorbereitet.
Und hier stehen deshalb auch wir, um dies
offenzulegen und deutlich zu machen:

**Wir werden nicht gegen andere Völker in den
Krieg ziehen!
Klassenkampf statt Weltkrieg!**

Kommt daher:

Am 23. April um 10 Uhr

Ort:

THW Ortsverband Köln Ost
Ostmerheimerstraße 202
51109 Köln

Am 23. April um 12:00 Uhr

Ort:

Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 8
50667 Köln

Am 23. April um 14:00 Uhr

Ort:

Militärischer Abschirmdienst
Konrad Adenauer Kaserne
Brühlerstraße 300
50968 Köln

Am 23. April um 15:30 Uhr

Ort:

Bundesverwaltungsamt
Barbarastraße 1
50735 Köln

Abschlusskundgebung

Am 23. April um 17 Uhr

Ort:

**Ehrenfeld
Venloerstraße Ecke Wahlenstraße**

Wenn ihr mitmachen wollt und/oder mehr wissen wollt,
meldet Euch auch jederzeit unter:
koeln-gegen-notstand@web.de
und 017623233235

Wenn ihr mitmachen wollt und/oder mehr wissen wollt,
meldet Euch auch jederzeit unter:
koeln-gegen-notstand@web.de
und 017623233235

Erklärung

der Teilnehmer am III. Treffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik **Bundeswehr in Schulen ist Kriegsvorbereitung**

„In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für die gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben.“ (Reichskanzler Bismarck, 01.05.1889)

Die staatliche Schule ist bis heute eine Einrichtung, mittels derer die Herrschenden bei den Kindern - den Arbeitern und Werktätigen von Morgen - die Grundlage für **ihre** Auffassung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen versuchen. Die Gottesfurcht wird heute weniger gepflegt, dafür kommt die Liebe zum Vaterland in neuem olivgrünen Gewand in die Schulen. Denn in den letzten Jahren haben die Herrschenden eine gewaltige Militarisierung unserer Schulen und anderer Bildungseinrichtungen organisiert. Die Bundeswehr schickt extra dafür ausgebildete Soldaten in den Unterricht um dort für den Krieg und den Dienst an der Waffe zu werben. Sie baut ihr Kriegsgerät auf unseren Schulhöfen auf und Berichte über Schulausflüge und Klassenfahrten in die Kaserne häufen sich. Sie bildet Referendare – die Lehrer von morgen – aus und stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. In vier Bundesländern ist diese Zusammenarbeit mit dem Militär bereits mit Kooperationsverträgen durch die Kultusministerien festgeschrieben.

Warum? Nachwuchsprobleme? Schließlich ist die Bundeswehr eine Wehrpflichtigenarmee. Gibt es wohl zu viele Kriegsdienstverweigerer? Nein, weder das noch der sogenannte Geburtenknick, noch weniger die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft sind die Ursache für diese großangelegte Kampagne der Herrschenden um die Jugend. Es geht hier um etwas anderes als nur Nachwuchsgewinnung, es geht um die Gewinnung der Jugend für den Krieg. Es geht hier nicht um die Besetzung der ein oder anderen freigewordenen Stelle, sondern um Kriegsvorbereitung!

Nach dem 1. Weltkrieg konnten die Herrschenden noch auf zahlreiche offen oder halboffen militaristische Verbände zurückgreifen, die Gymnasien - ein sicherer Hort des Militärs, Zinnsoldaten in jedem Kinderzimmer. Heute 65 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, ist die Jugend dem Krieg entwöhnt, er findet höchstens in der Zeitung und weit weg statt. Aber das wird nicht so bleiben. Ihr System hat abgewirtschaftet, die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist nur ein Ausdruck davon, sie ist die Phase des freien Falls in einer langen Phase des Absturzes. Sie ist die dritte und schwerste Weltwirtschaftskrise in der hundertjährigen Phase des Imperialismus. Schon zwei Mal in der Geschichte haben die Herrschenden Weltwirtschaftskrisen mit Weltkriegen gelöst, hat die Krise in der Industrie, das dadurch veränderte ökonomische Kräfteverhältnis der Staaten, den Krieg erfordert um die Welt wieder neu aufzuteilen. Aber diese 100 Jahre des Absturzes eines überholten Gesellschaftssystems sind auch gezeichnet durch Revolutionen, bis dahin dass ein Drittel der Erde rot war. Die herrschende Klasse kämpft also nicht nur gegen den Zerfall ihres Systems, sondern auch mit der Gefahr, dass die Völker der Welt sich dieses nicht länger bieten lassen.

Gerade Heute, da sich die Industrie wieder im freien Fall befindet und die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass die Herrschenden ihre letzte Rettung in der Zerstörung sehen, das heißt im Krieg, vielleicht sogar Weltkrieg, ist ihr Problem, dass sie für ihren Krieg die Jugend brauchen. Sie brauchen uns um ihr marodes System noch mal mit Kanonendonner und Völkermord vor dem Untergang zu retten. Deswegen senden sie ihre Soldaten aus, in den Schulen für den Krieg zu werben. Wir sagen: Dieses System, das nur Krieg und Zerstörung zur Lösung seiner Krisen kennt, dieses System, das Aufschwung nur in Form von Wiederaufbau kennt, hat keine Zukunft für uns, ist am Ende und gehört abgeschafft.

Das erfordert unseren gemeinsamen Kampf. Gegen Krieg und Militarismus! Für Frieden und internationale Solidarität! Deswegen unterstützen wir die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ des Aktionsbüros „Das Begräbnis oder Die Himmlischen Vier“. Deswegen führen wir in den Schulklassen den Kampf gegen die Kriegspropaganda. Deswegen führen wir Klassenkampf gegen den Kriegskurs der Herrschenden und ihr ganzes System!

Regensburg, 21.03.2010

Bildung wird abgewrackt....

Das Militär kommt an unsere Schulen....

...und wir sollen das auch noch gut finden!?

Nicht mit uns!!!

Deutschland führt Krieg. In Afghanistan, Jugoslawien, am Horn von Afrika, vor der Küste Israels und in vielen anderen Ländern sind deutsche Soldaten im Einsatz. Die Bundeswehr sollte ursprünglich das Staatsgebiet der BRD vor Angriffen von Außen schützen. Sie hat ihren Aufgabenschwerpunkt längst verändert.



Dazu äußerte sich der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneider am 11.03.2008 in der Süddeutschen Zeitung: „ Der Hauptauftrag der Bundeswehr bestehe nicht mehr länger in der Verteidigung des Landes. Die Streitkräfte seien vielmehr zu einer „Armee im Einsatz“ geworden. Auslandseinsätze seinen nicht nur „sichtbares Zeichen“ der gewachsenen außenpolitischen Verantwortung Deutschlands, sondern

bestimmen heute vielmehr den „Grundbetrieb“. Diesen „Grundbetrieb“ weigert sich die Bundesregierung als das zu bezeichnen was er ist. Der „Bundeswehr-Verband“, eine Organisation, die die Interessen der Soldaten vertritt, sagt dazu: "Wir befinden uns in einem Krieg gegen einen zu allem entschlossenen, fanatischen Gegner"

Hochschulen forschen für den Krieg – Studieren geht über marschieren

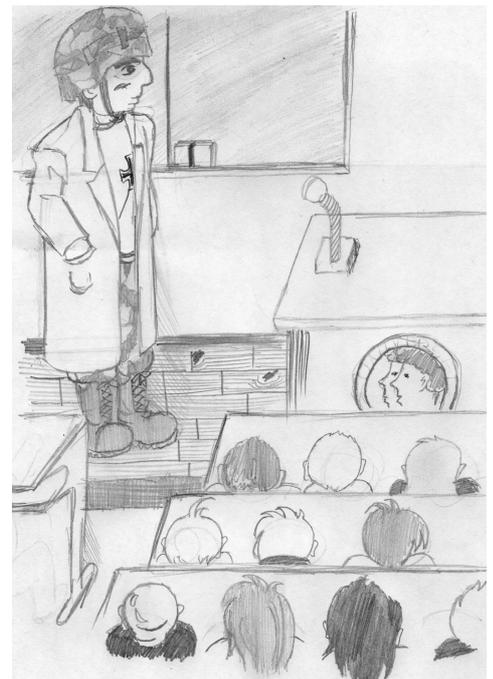
1,1 Milliarden Euro hat die Bundesregierung 2008 dafür gezahlt, dass an 40 Hochschulen in der BRD „bundeswehrrelevante und wehrtechnische“ Forschung betrieben wird. An vielen Hochschulen ist weder den Studierenden noch den Mitarbeitern bewusst, dass nebenan für den Krieg geforscht wird. An einigen Unis verstößt das sogar gegen die Satzung, weil dort auf Grund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eine Friedensklausel verankert ist, die wehrtechnische Forschung verbietet. Wie beispielsweise an der Technischen Uni in Berlin, wo der Senat 1991 beschloss, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegengenommen werden sollen“. Die Universität habe eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, denn an der Vorgängereinrichtung der TU Berlin hatte bis 1945 in großem Maßstab Rüstungsforschung stattgefunden. Heute findet dort sowohl wehrtechnische als auch wehrmedizinische Forschung statt, für die das BMVg seit 2000 mindestens 451.848 Euro gezahlt hat. Nur was bedeutet das alles für euch Studenten, wenn immer mehr Mittel in die Kriegsforschung fließen und sonst überall gekürzt wird? – Die Alternativen werden rar! Weiter gibt es in wehrtechnischen Forschungsangelegenheiten direkte Kooperationen von privaten Rüstungsunternehmen und Hochschulen. Die Uni Stuttgart kooperiert mit dem Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS. Eurocopter stellt auch militärische Helikopter her und hat in diesem Bereich einen weltweiten Marktanteil von etwa 25 Prozent.

+++ Studenten in Karlsruhe sind auch von Militärforschung betroffen +++
Zusammensetzung von Uni und Forschungszentrum zum KIT bringt ans Licht, dass an der Uni seit Jahren von der Bundeswehr geforscht wird ++
+ Das Forschungszentrum hatte ab 1956 eine Zivilklausel, die militärische Forschung ausschloss ++
+ im Januar stimmen die Studenten bei einer Urabstimmung mehrheitlich mit 63 % für eine Zivilklausel am KIT +++
Juli - Rückschlag für Studenten: Baden-württembergischer Landtag beschließt Teilzivilklausel - Uni darf militärisch forschen +++
Rüstungs- und Nuklearforschung in Karlsruhe am KIT jetzt unter einem Dach

Nicht nur an den Hochschulen – auch an den Schulen

Die 1958 ins Leben gerufenen Jugendoffiziere wurden eingerichtet, um die Ablehnung der Wiederbewaffnung, die unter Jugendlichen besonders groß war, mit „intensiver Öffentlichkeitsarbeit“ zu durchbrechen. Der Schirmherr der Jugendoffiziere ist ihr Gründer, der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger. Dieser Mann hatte ein bewegtes Leben: 1923 persönliche Bekanntschaft mit Adolf Hitler und er bezeichnete ihn als „einen von Gott gesendeten Mann“; ab 1940 war Herr Heusinger Chef der Operationsabteilung der Wehrmacht und somit einer der hauptverantwortlichen Militärs für die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Die Jugendoffiziere führen ein vielseitiges Programm an unseren Schulen durch: Vom Besuch im Klassenzimmer, wo sie Unterrichtsstunden halten, über das Planspiel „Politik und Internationale Sicherheit (PoL&IS)“, bis hin zu Besuchen in Kasernen extra für Schüler. Allein im Jahr 2007 waren 93 hauptamtliche und 400 ehrenamtliche Jugendoffiziere in Schulen aktiv. Sie führten über 8.000 Veranstaltungen durch. Sie erreichten somit mehr als 173.000 Schülerinnen und Schüler. Vielleicht waren sie ja auch bei dir schon an der Schule oder sie kommen noch.

Dabei wird von den Jugendoffizieren allerdings wesentliches verschwiegen. Krieg wird als „Friedenssicherung“ und „Stabilitätseinsatz“ verkauft. Die Bundeswehr und der Soldatenberuf werden von ihnen als „Karriere mit Zukunft“ gepriesen. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1956 über 6.000 Soldaten während der Ausübung ihres Dienstes, davon 3.417 durch Selbstmord, ums Leben gekommen sind¹. Dass man als Berufssoldat zur Teilnahme an einem Auslandseinsatz verpflichtet wird, wird verschwiegen. Auch über die Wehrmachtstraditionen und die Relativierung der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs, mit denen der Soldat laut dem ARD Magazin „Kontraste“ vom April 2009 durch die zu seiner Ausbildung verwendeten Bundeswehr-Handbücher in Kontakt kommt, wird der Schleier des Schweigens gelegt! Davon, dass es Aufgabe der Bundeswehr ist, gegen Streiks der Gewerkschaften und gegen Menschen, die ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, vorzugehen (Bundestagsdrucksache 16/13970) findet sich bei ihnen nichts. (So wurden z.B. beim G8- Gipfel 2007 in Heiligendamm Tornados und Kampfhubschrauber sowie Aufklärungsdrohnen gegen die oft noch jugendlichen Demonstranten eingesetzt. Bei den Protesten gegen die jährliche Nato- Kriegskonferenz im Münchener Nobelhotel „Bayerischer Hof“ gehört der Einsatz von Bundeswehr Scharfschützen zum Standardprogramm.)



Jeder kennt es: Veraltete Schulbücher, zu große Klassen, Schulwände, von denen der Putz bröckelt, zu wenig Lehrer, Betreuungs- und Nachhilfeangebote. Laut einer Untersuchung der EU- Kommission ist in keinem EU- Mitgliedsland der schulische und berufliche Erfolg so von der sozialen Stellung der Eltern abhängig wie in Deutschland. In unserem Bildungssystem besteht dringender Handlungsbedarf. Aber die Bundesregierung gibt lieber 31,2 Milliarden Euro, die größte Summe seit Gründung der BRD, im Jahr 2009 für Rüstung und Krieg aus. Der Einsatz in Afghanistan verschlang bis Juli 2008 zirka 2,6 Milliarden Euro! Überleg dir nur mal, was man alles machen könnte, wenn man dieses Geld statt für Waffen und Krieg für die Bildung verwenden würde! **Milliarden in Bildung - nicht in Waffen investieren!**

Darum kämpfe mit uns – gegen die Militarisierung der Gesellschaft Nie wieder Krieg!

Nürnberger Unterstützerkreis der Antikriegsaktion
„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“
Himmlische-vier-nbg@freenet.de

V.i.S.d.P.: N.Steiner, Dallingerstr. 29,90459 Nürnberg

¹ (Antwort der Bundesregierung vom 16. März 2009 auf die kleine Anfrage der Fraktion Die Linke „Verletzungen und Todesfälle von Bundeswehrosoldaten“ vom 5. Februar 2009)



Was will die Bundeswehr im Klassenzimmer?

Aktion bei der Demonstration „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“ in Freiburg im Januar 2010

- 2008 führten Jugendoffiziere **8.061** Veranstaltungen mit **175.450** Jugendlichen durch.
- Im Jahr 2008 schrieb die Bundeswehr bundesweit **über 6.000** Schulen an, um sie zu Militär-Werbeveranstaltungen zu bewegen, 2009 waren es sogar weit **über 6.500**.
- **1,3 Millionen Euro** hat die Bundeswehr 2008 allein für ihren Werbe-„Karriere-Truck“ ausgegeben, Tendenz steigend.
- **611 Mal** trat die Bundeswehr im Jahr 2008 bei zivilen Messen, Berufsinformationstagen und Infoveranstaltungen auf.

Was ist die Aufgabe der Jugendoffiziere?

Der Staat sagt: Information über die Sicherheitspolitik der Regierung, also: den Schülern die Außen- und Militärpolitik näher bringen. Jugendoffiziere gehen auch ein bisschen verständnisvoll auf Kritik ein. Trotzdem sind sie an ihre Aufgabe gebunden, dürfen also z.B. nicht gegen den Afghanistan-Einsatz auftreten. Vielmehr müssen sie die „nationalen Interessen“ der Bundesregierung vertreten. Und die bestehen eben auch darin, dass die Bundeswehr immer stärker zur Absicherung wirtschaftlicher Interessen Krieg führen soll. Werbung für eine Laufbahn bei der Bundeswehr dürfen die Jugendoffiziere eigentlich nicht machen.

„Kooperationsverträge“ schreiben in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Baden-Württemberg inzwischen fest, wie Jugendoffiziere in Schulen arbeiten. Der Druck auf Lehrer steigt, sie einzuladen. Und: Jugendoffiziere bilden auch immer mehr junge Lehrer aus: entsprechende Seminare gelten als Fortbildung. Die Bundeswehr gewinnt also immer mehr Einfluss auf den Schulunterricht.

Wie werden Jugendoffiziere ausgebildet?

Jugendoffiziere lernen an der Akademie für Information und Kommunikation (früher: Amt für psychologische Kriegführung), wie man rhetorisch Jugendliche überzeugt und werden zu sicherheitspoliti-

schen Themen geschult. In der dreimonatigen Ausbildung wird ihnen auch die Betreuung des Planspiels „Politik und internationale Sicherheit“ beigebracht.

Warum spielt die Bundeswehr POL&IS mit SchülerInnen?

Bei POL&IS schlüpfen die Spieler in die Rolle von Politikern verschiedener Weltregionen, der Medien, der Wirtschaft, der Vereinten Nationen und können mehrere Tage das Schicksal der Welt lenken. Im Spiel wird die Weltpolitik beeinflusst von Naturkatastrophen, Aufständen, Wirtschaftskrisen und Guerillagruppen. Der Militärbaukasten ist ganz besonders detailreich gestaltet, sogar Atomwaffen können eingesetzt werden. Die Jugendoffiziere sind Spielleiter und können so die Mitspieler mehrere Tage lang von der angeblichen Alternativlosigkeit von Armeen und Kriegen überzeugen. Auch wenn von den Spielern großes Engagement gefordert wird: Eine offene Diskussion über Ursachen von Hungersnöten oder sozialen Unruhen ist nicht im Sinne dieses Planspiels.

Was können wir dagegen machen?

Weitere Infos gibt's z.B. unter <http://www.imi-online.de>. Ihr könnt Eltern und Lehrer ansprechen und zum Protest auffordern. Jede Schule, jeder Lehrer kann sich weigern, Jugendoffiziere einzuladen. Verlangt stattdessen Antimilitaristen im Unterricht!

Wir fordern: Jugendoffiziere raus aus den Schulen! Ende jeglicher Kooperation der Bundeswehr mit Bildungseinrichtungen!



Impressum / V.i.S.d.P:

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Obermünsterstr. 11, 93047 Regensburg; E.i.S.

<http://www.falken-in-no.de>

Aufruf zur Demonstration:

Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer Gegen die Zusammenarbeit von Schule und Militär

Das Freiburger Bildungstreikbündnis ruft zur **Demonstration am 23.01.2010** gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr auf.

Am 04.12.09 unterzeichneten das Kultusministerium Baden-Württemberg und die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendoffizieren zu intensivieren. Dabei sollen besonders im Rahmen der politischen Bildung Themen wie innere und äußere Sicherheit und „nationale Interessen“ stärker in den Fokus gerückt werden.

Mit der Gründung der „Institution“ Jugendoffizier 1958 hatten diese zur Aufgabe die Remilitarisierung Deutschlands zu rechtfertigen, heute sollen sie unter anderem die Notwendigkeit von Bundeswehreinsetzungen (besonders den Afghanistaneinsatz) legitimieren. Jugendoffiziere werden in Zukunft auch ihrerseits verstärkt Schulbesuche anbieten und zusätzlich in die Ausbildung von Lehrkräften mit einbezogen werden. Die zivilmilitärische Zusammenarbeit zeigt auch in anderen öffentlichen Bereichen, und soll immer mehr zur gesellschaftlichen Normalität werden.

Diese Kooperation steht im absoluten Widerspruch zu unserem humanistischen Bildungsideal, das sich an Menschenrechten orientiert. In einer Demokratie darf eine Bildungseinrichtung nicht mit einer streng hierarchischen militärischen Institution zusammenarbeiten. Durch die einseitige Interessenvertretung kann die Bundeswehr direkten Einfluss auf die Meinung der SchülerInnen und die Ausbildung der Lehrkräfte nehmen. Wesentliche Grundsätze der politischen Bildungsarbeit werden dadurch missachtet. Die Bundeswehr darf nicht als Bildungsinstitution aufgewertet werden.

Wir fordern die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr, und die sofortige Einstellung jeglicher Zusammenarbeit von öffentlichen Bildungseinrichtungen und der Bundeswehr. Alle SchulleiterInnen und LehrerInnen sind aufgefordert diese Kooperation zu verweigern. Es darf nicht zugelassen werden, dass SchülerInnen die Weltansicht der Bundeswehr vermittelt wird. Werbung für die Bundeswehr und Legitimation von Waffengewalt haben in öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen.

Gegen militaristische Ideologien im Bildungswesen!

**Kommt alle zur Demonstration gegen Bundeswehr in Klassenzimmern
am 23.01.10 um 15 Uhr am Platz der alten Synagoge in Freiburg!**

Der Elektronische Entgeltnachweis ELENA- Der gläserne Arbeitnehmer?

Das größte Datenerfassungs- und Datenvernetzungsprojekt, das es in Deutschland bisher gegeben hat, startet. Kritiker warnen vor einem "Datenmonster".



Am 01. Januar 2010 hat die Bundesregierung den sogenannten Elektronischen Entgeltnachweis, ELENA eingeführt. Es handelt sich dabei um eine zentrale Speicherdatei in der eine Vielzahl an Daten eines Beschäftigten, auch eines Auszubildenden gespeichert werden. Offiziell wird diese Maßnahme eingeführt, um sog. „Papierkram“ zu ersparen und die Arbeitgeber von der Pflicht zu entbinden Entgeltbescheinigungen für ihre Mitarbeiter

auf Papier auszudrucken. Doch wenn dem so wäre, wieso sieht die Bundesregierung dann vor, in dieser Datei auch Daten über Fehlzeiten, Krankheitstage, Abmahnungsgründe, den Grund einer Kündigung sowie Daten über Kündigungsfristen, zu speichern? Zwar kündigte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen an, Streiktage nicht wie ursprünglich beabsichtigt gesondert auszuweisen, hinzugerechnet als Fehltag und erfasst werden soll der Streik jedoch auch weiterhin.

Künftig soll jeder Arbeitnehmer eine Plastikkarte erhalten mit der jederzeit auf diese gespeicherten Daten zugegriffen werden kann. Sie fließen alle in einem Zentralcomputer der Datenstelle beim Träger der Rentenversicherung zusammen. Es handelt sich dabei um das größte „Datenerfassungs- und Datenvernetzungsprojekt, das es in Deutschland bisher gegeben hat“, so die Süddeutsche Zeitung. Ver.di Vorsitzender Frank Bsirske warnt davor, dass mit dieser gewaltigen zentralen Datei der „Missbrauch fast vorprogrammiert ist“ und kündigt die „Prüfung sämtlicher Klagemöglichkeiten“ an. Laut Informationen der Süddeutschen Zeitung umfasst der Katalog der zu Speichernden Daten eines Beschäftigten/ Auszubildenden 41 Seiten. *„Das hebt jeden Persönlichkeitsschutz aus und ist inakzeptabel“*, so Bsirske.

Die Verwendung der in ELENA gespeicherten Daten ist ausbaufähig. Nicht nur wenn es um das Arbeitslosengeld geht soll darauf zurückgegriffen werden. Ebenso sollen private wie staatliche Unternehmen, die Arbeitsagenturen, Leiharbeitsfirmen, Kinder und Wohngeldstellen und die Rentenversicherung darauf Zugriff erhalten. Die neue zentrale Einkommens-Speicherung geht auf die rot-grüne Bundesregierung zurück. Die Regierung Schröder pries das Projekt als einen Meilenstein zur Entbürokratisierung ; damals hieß das Vorhaben noch *„JobCard“*.



Zucht und Ordnung im Betrieb muss schon sein...

Die Praxis möglichst viele Daten der Beschäftigten zu erfassen ist nichts neues und durchaus im Interesse der Arbeitgeber und des Staates. Sie hat eine lange Tradition. So sah z.B. die Gewerbeordnung von 1900 vor, dass ein Auszubildender oder minderjähriger Arbeitnehmer nur Beschäftigt werden durfte, wenn er im Besitz eines sogenannten „Arbeitsbuches“ war. In ihm wurden alle Da-

ten zu seiner beruflichen Tätigkeit erfasst. In welchen Betrieben er arbeitete, ob er sich der schlechten Behandlung durch Meister, Vorgesetzte oder den Unternehmer widersetzte, ob er sich an Streiks beteiligte. Dieses Arbeitsbuch hatte man immer mitzuführen und dem Unternehmer/ Vorgesetzten vorzulegen der seine Eintragungen machte. Stand darin dass man sich an Streiks beteiligte, sich der Willkür durch den Arbeitgeber widersetzte, so konnte man auf eine Neuanstellung ,wenn man im einen Betrieb entlassen worden ist, natürlich pfeifen. Aber auch wer „zu lange“ krank war oder „zu viele“ Fehlzeiten hatte, musste sich mit dem Los der Arbeitslosigkeit abfinden. Dank dem Arbeitsbuch!

...bis hin zur Vorbereitung des Weltkrieges.



1935 führten die Nazis es dann für alle Beschäftigten verbindlich ein. Erstmals wurden auch die Daten aus den Arbeitsbüchern in einer staatlichen Datenbank, der sog. „Volkskartei“ gespeichert. Für Arbeiter aus besetzten Gebieten gab es ein sogenanntes „Arbeitsbuch für Ausländer“. Das Arbeitsbuch ermöglichte eine staatliche Lenkung zur „planvollen Verteilung der Arbeitskräfte auf weite Sicht“. Hermann Göring erklärte im November 1938 im Reichsverteidigungsrat: „Die Menschenverteilung ist das wichtigste und schwierigste [...] Problem. Wegen des großen Mangels an Arbeitskräften muss eine Methode angewendet werden, die nicht mehr aus dem vollen schöpft, sondern vereinfacht, an Menschen spart. Der Mensch ist ein unersetzlicher Sparstoff.“

Die zentrale, staatliche Erfassung der Daten der Beschäftigten hat eine schändliche Vergangenheit. Sie diente im kaiserlichen Deutschland der Züchtigung, Einschüchterung und Ausübung von Kontrolle über die jugendlichen Arbeiter. Sie diente den Nazis dazu, das Volk auf den Krieg vorzubereiten. Den Arbeitskräftebedarf für die Kriegsproduktion zu organisieren. Das Menschenmaterial für den Weltkrieg zu erfassen.

Die zentrale, staatliche Erfassung der Daten der Beschäftigten hat eine schändliche Vergangenheit. Sie diente im kaiserlichen Deutschland der Züchtigung, Einschüchterung und Ausübung von Kontrolle über die jugendlichen Arbeiter. Sie diente den Nazis dazu, das Volk auf den Krieg vorzubereiten. Den Arbeitskräftebedarf für die Kriegsproduktion zu organisieren. Das Menschenmaterial für den Weltkrieg zu erfassen.

Anfang des 20. Jahrhunderts, setzten die Gewerkschaften die Abschaffung des Arbeitsbuches durch. Nach seiner erneuten Einführung durch die Nazis, wurde es **1945** im Zuge der Befreiung vom Faschismus von den Alliierten erneut abgeschafft. Sollen wir uns nun zum dritten mal unter eine solche Datensammelkartei zwingen lassen? Vor 100 Jahren wusste der Lehrling noch was in seinem Arbeitsbuch stand. Er trug es bei sich und konnte jederzeit nachsehen. Wer von uns kann heute noch sagen, er weiß was in einem Zentralrechner in Würzburg über ihn geschrieben steht?

Dieser Datensammelwut, und der sich daraus ergebenden Gefahr muss schnellstens Einhalt geboten werden!

Weg mit ELENA!

Schluss mit der Erfassung unserer Daten in zentralen Dateien des Staates!

ERKLÄRUNG

der Teilnehmer der

Dritten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

am 12. Dezember 2009 Mannheim Gewerkschaftshaus

Wir, Arbeiter, Gewerkschafter und Jugendliche aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von verdi und anderen DGB-Gewerkschaften sind am 12. Dezember 2009 im Mannheimer Gewerkschaftshaus zum dritten Mal zusammen gekommen, um die Erfahrungen des gemeinsamen Aktionszugs „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ auszuwerten und darüber zu beraten, wie die hergestellte Einheitsfront im Kampf gegen das Monopolkapital und seinen NOTSTAND DER REPUBLIK gefestigt und erweitert wird.

Auf unserer ersten Konferenz im März 2008 haben wir den gesetz- und völkerrechtswidrigen Um- und Ausbau des deutschen Staats gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen Land sowie gegen die Völker und Staaten in Europa und der Welt enthüllt, die tieferen Ursachen durch die Einverleibung der DDR offen gelegt und Widerstandsaktionen organisiert.

Auf unserer zweiten Konferenz im März 2009 haben wir die erneut beginnenden Erschütterungen des gesamten kapitalistischen Systems und seiner allgemeinen Krise sowie die massive Beschleunigung des Notstands der Republik enthüllt und die Aktionseinheit „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ beschlossen.

Der Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ fuhr im September 2009 in einer Einheits- und Volksfrontaktion mit 100 Arbeitern und Gewerkschaftern, Jugendlichen und Demokraten knapp 3 Wochen durch die Republik von Daimler in Würth bis nach Berlin vor den Reichstag. Die Konferenz hat die wichtigsten Erfahrungen diskutiert und Lehren gezogen:

Der Aktionszug hat die Unterordnung der Polizei unter den direkten Befehl des Großkapitals aufgezeigt. Anstatt den Auftritt des Zugs bei Daimler in Mettingen gelassen hin zu nehmen diktierte das nervös gewordene Daimler-Kapital der Polizei die Errichtung einer Blockade des Zugs von ganzen 5 LKW und ein paar Dutzend kämpferischen Arbeitern und Gewerkschaftern, enthüllte die enge Verzahnung von Kapital und Polizei – und mußte durch das energische Auftreten der Zugteilnehmer die Blockade gegen den Aktionszug sowie tausende Daimler-Arbeiter wieder aufheben.

Der Aktionszug hat aufgezeigt, dass die Gesetze des Kapitals zum Einsatz der Polizei und des THW längst Realität sind. Das VW-Kapital offenbarte seine Schwäche, indem es bei Audi in Ingolstadt die Polizei und die Streikbruchorganisation THW angewiesen hat, den Zug zu blockieren und damit zehntausenden Arbeitern den direkten Weg zur Fabrik versperrte und die Löhne wegen verspätetem Schichtantritt kürzte – Kollegen des Aktionszugs haben dieses Manöver des Kapitals und seiner Handlanger von Polizei und THW am nächsten Tag in Flugblattaktionen enthüllt und gezeigt, auf welch tönernen Füßen das Monopolkapital steht.

Der Aktionszug hat aufgezeigt, dass der Staatsapparat der deutschen Monopole nicht mehr gewillt und in der Lage ist, die Verfassung und seine bürgerlichen Gesetze einzuhalten. Polizei- und Versammlungsbehörden sowie das Berliner Innenministerium wollten die Grundrechte auf Versammlungs- und Kunstfreiheit willkürlich außer Kraft setzen und die Fahrt

des Aktionszugs nach Berlin verhindern – der Aktionszug hat nicht klein beigegeben, sondern vor Gerichten und auf der Straße sein Recht auf Weiterfahrt erkämpft, demokratisches Recht wieder in Kraft gesetzt und für die gesamte demokratische und Arbeiterbewegung erhalten.

Noch nie war es Stärke, sondern Schwäche des abgewirtschafteten Finanzkapitals, wenn die Monopole und Großbanken nicht mehr mit ihren eigenen Gesetzen, sondern mehr und mehr mit blanker Willkür nur noch herrschen konnten.

Bundeswehrkolonnen kreuzten den Weg des Aktionszugs. Die einen mit schwerem Gerät für den Krieg gegen andere Staaten und Völker. Die anderen angeführt von der Bürgerkriegstruppe der Feldjäger für die Niederschlagung der Arbeiter und des Volkes im eigenen Land – der Aktionszug zeigte ihnen die Losung August Bebel's „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“!

Das Monopolkapital wälzt die gesamten Lasten der Krise auf die Arbeiter ab, entläßt Tausende wie bei Karmann in Osnabrück, kürzt über Kurzarbeit die Löhne um ein Drittel wie bei manroland in Offenbach, senkt die Löhne um die Hälfte auf Hungerrationen wie bei den Hafenarbeitern in Bremerhaven. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals mit ihren Millionenorganisationen nicht auf, die Arbeiter setzen ihre ganzen Hoffnungen auf die Vertrauenskörper und Betriebsräte in den einzelnen Betrieben, die den Kampf gegen das hochorganisierte Bank- und Industriekapital samt ihrem Staatsapparat nicht gewinnen können – die Aktionseinheit von Vertrauensleuten, Betriebsräten, JAVlern aus verschiedenen Betrieben aus der ganzen Republik ist auch aus diesem Grund für die Arbeiter ein lang anhaltender Gesprächsstoff in den Betrieben und Wegweiser für den Kampf der ganzen Klasse.

Die Arbeiter des Aktionszugs betonten in ihren Reden vor den Betrieben immer wieder: Wir sind nicht Opel, wir sind nicht Karstadt, wir sind nicht Daimler! Gegen den deutschen Nationalismus und die Ideologie der Volksgemeinschaft stellen wir den Klassenkampf gegen den Notstand der Republik.

Weltwirtschaftskrise – Krieg und Befreiung

Die Konferenz stellte fest, dass die Weltwirtschaftskrise weiter wütet und Milliarden Menschen auf dem Erdball den Hungertod bringt. Das System des niedergehenden Kapitalismus, des Imperialismus, ist nicht in der Lage, die dringendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Schon zwei Mal sah das deutsche Großkapital den letzten Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise im Weltkrieg. Um so dringender ist es für die Arbeiter, gegen das bis an die Zähne bewaffnete Monopolkapital Klassenkampf statt Weltkrieg zu führen. Wir wissen: zwei Mal schon beendeten Arbeiter die Weltkriege – durch die Revolution und den Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Faschismus und Weltkriege.

Die Arbeiter mit ihren Organisationen müssen als Klasse auftreten gegen die hoch organisierte Kapitalistenklasse. Dies gilt auch in den täglichen Kleinkämpfen wie in der kommenden Tarifrunde der IG Metall. Diese stärkste gewerkschaftliche Abteilung kann zum Zusammenschluß der zersplitterten Betriebsarbeiter einen wichtigen Schritt tun, indem sie Forderungen aufstellen und erkämpfen, die die Arbeiter und Gewerkschafter als Klasse zusammenführen. Gegen Lohnsenkungen von 14 bis 50 Prozent, die Unterlaufung und Aufhebung von Tarifverträgen muß die Forderung gestellt werden: Rücknahme aller Lohn- und Tarifsenkungen in der Wirtschaftskrise. Wer rückwärts torkelt, der muß sich und seine Klasse erst einmal zum Stehen bringen, also den früheren Zustand wieder herstellen.

Wir fordern alle auf, sich an diesem Kampf zu beteiligen